

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2012



Noch einmal: Betreuungsrecht

Stasi als religiöser „Aufklärer“

Die Kinder der Bürgerrechtler in Kuba

Inhalt

Aktuell

- 3 Petition
Dank
Kommentar

Recht

- 4 Noch einmal: Betreuungsrecht
Europäische Plattform

Zwangsarbeit

- 5 Bundesarchive öffnen!
Ikea-Hotline

Thema

- 6 Das MfS als religiöser „Aufklärer“

International

- 8 Die Kinder der Bürgerrechtler in Kuba
- 9 Rumänien 1951–1956:
Die Deportation „gefährlicher Elemente“

Aufruf

- 10 Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals

Berichte

- 11 Workutaner-Treffen
Bautzener Nachklänge
- 12 Begegnung der Generationen
Roland Jahn in Tübingen
- 13 Vor 60 Jahren: „Aktion Ungeziefer“
- 14 Erfolge nur gemeinsam
Resolution

Verbände

- 15 UOKG
Buchenwald
- 16 Jamlitz
Festschrift
Einsicht vor Versöhnung
Leserbrief

Service/Bücher

- 17 Ostberlin nach dem Mauerbau
- 18 Der Tjulpanov-Bericht
In der Lubjanka
- 19 Neu aufgelegt

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild:

Beim Empfang des Regierenden Bürgermeisters von Berlin am 17. Juni 2012 anlässlich des 20-jährigen Bestehens der UOKG: ehemalige politisch Verfolgte im Gespräch mit Klaus Wowereit (l.).

Foto: N. Radlitz

Unvereinbar?

Spannungen zwischen den Opfern beider Diktaturen in Deutschland

Von Horst Schüler

Manchmal beneide ich Mathematiker. Deren Lebensmittelpunkt sind Zahlen, eins plus eins ergibt zwei, und darauf baut sich alles andere auf. Zahlen lassen keinen Streit um Selbstverständlichkeiten zu. Ebenso sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß sich die Opfer unterschiedlicher Diktaturen respektieren, mögen die einen auch schrecklicher gelitten haben als die anderen, mag die eine Terrorherrschaft noch grausamer gewesen sein als jede vor und nach ihr. Geschunden und um ihre Toten trauern die Opfer beider, gemeinsam ist ihnen die Erfahrung, daß Diktatoren gegen Andersdenkende keine Gnade kennen.


Leider ist diese Gemeinsamkeit nicht selbstverständlich. Da gibt es kein geschlossenes Auftreten von Opfern und Hinterbliebenen des verbrecherischen Nazi-Regimes mit denen, die Widerstand gegen die kommunistische Diktatur im Nachkriegsdeutschland leisteten. Einmal mehr wurde das deutlich während eines Hearings in Potsdam, bei dem es um die Zukunft der Gedenkstätte in der Lindenstraße ging, dem „einzige(n) authentischen Erinnerungsort im Land Brandenburg und in der Bundesrepublik, der ... die Geschichte der beiden aufeinander folgenden unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland von 1933 bis 1989 ... widerspiegelt“, wie es in der Einladung hieß. In einem Fragenkatalog waren die unterschiedlichsten Verbände um ihre Meinung zu einer Konzeption „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gebeten worden – doch allein schon diese Namensgebung rief auf zum Streit.

Eine Relativierung der NS-Verbrechen sieht zum Beispiel ein Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion in der Formulierung: „für Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“. Eine Beleidigung der Überlebenden des Nazi-Terrors und deren Nachkommen sei das, weil man sie „museal auf eine Ebene setzt mit Gefangenen einer NKWD- oder Stasi-Haftanstalt.“ Dies sei unanständig.

Ähnlich die Stellungnahme der Stadtverordneten-Fraktion „Die Andere“. Sie sieht die vorgegebene Konzeption „von der totalitarismustheoretischen Grundannahme durchzogen, daß das NS-Regime, die Sowjetunion und die DDR wesensgleiche Diktaturen sind“. Ihrer Ansicht nach ist die Nutzung des Gefängnisses nach 1945 „ursächlich auf die Verbrechen Nazideutschlands zurückzuführen“. Oh Himmel, man wünschte dem Verfasser, nur ein paar sowjetische Verhör-Nächte zu erleben, er hätte schnell kapiert, wie wesensgleich die Methoden von Diktaturen sind. Doch weiter:

Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes sieht in der Gleichsetzung der Geschichtsepochen eine Verhöhnung der NS-Opfer. Sie lehnt ein gemeinsames Gedenken mit nach 1945 in der Lindenstraße Inhaftierten ab und fordert sogar eine Trennung der Gedenkorte. Auch die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz kritisiert die pauschale Erinnerung an alle Opfer, weil sie auch „NS-Täter einschließt, die nach 1945 in der Lindenstraße inhaftiert waren.“

Dies ist nur ein kurzer Einblick in die Stellungnahmen. Einmal mehr belegt er die fast schon feindselige Distanz, die Verbände der NS-Verfolgten und andere, die ihnen nahe stehen, gegenüber Opfern kommunistischen Terrors einnehmen. Obwohl doch unser Handeln diktiert wurde allein von der Sehnsucht nach Freiheit. Obwohl unter uns Frauen und Männer sind, die unter beiden Diktaturen gelitten haben. Obwohl wir es niemals an Respekt und Achtung gegenüber denen missen ließen, die Opfer der Nazi-Verbrecher wurden. Und obwohl wir keine Rechts-extremen unter uns dulden, gar nicht zu reden von Neonazis.

Ich will mich nicht an Spekulationen über die Gründe für diese Spaltung von Opfern menschenverachtender Herrschaftssysteme beteiligen. Nur dies: Sie gehört zu den traurigsten Hinterlassenschaften zweier Diktaturen in Deutschland. 

Petition

(hib) Der Petitionsausschuß des Bundestages hat sich für eine gesetzliche Neuregelung der Rentenansprüche für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR ausgesprochen, die nach 1936 geboren wurden. Am 27. Juni beschloß der Ausschuß einstimmig, eine dahingehende Petition dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Erwägung zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. In der Petition wird gefordert, auch für nach 1936 geborene Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR weiterhin die Tabellenentgelte nach dem Fremdrentengesetz (FRG) anzuwenden. Damit habe man entsprechend dem Eingliederungsgedanken eine Gleichstellung mit Berufskollegen vorgenommen, die immer in den alten Bundesländern rentenversichert waren, heißt es in der Petition. Nunmehr erfolge jedoch durch die Rentenversicherungsträger eine Gleichstellung mit den im Beitrittsgebiet verbliebenen Versicherten, bei denen für die Rentenberechnung der Verdienst, für den Beiträge zur Sozialversicherung der DDR gezahlt wurden, maßgeblich sei. Das bedeute eine Wiederausgliederung aus dem westdeutschen Rentensystem, wird in der Petition argumentiert. Zudem führe dies zu teils erheblichen Rentenminderungen. Wie aus der Begründung zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses hervorgeht, wurde im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) 1991 festgelegt, daß die Bewertung von im Beitrittsgebiet zurückgelegten Zeiten nach


dem Fremdrentenrecht ihre Legitimation verloren habe und für die Rentenberechnung die tatsächlichen Entgelte maßgeblich sein sollen. Zwar sei aus „Vertrauensschutzgründen“ zunächst die Anwendung der FRG-Entgelte bei Renten, die vor 1996 begannen, beibehalten worden. Mit dem Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz sei dies aber geändert worden. Anstelle des Rentenbeginns wurde nunmehr auf das Geburtsjahr der Versicherten abgestellt, wodurch eine erhebliche Vereinfachung erreicht worden sei. Dies habe dazu geführt, daß die FRG-Entgelte nur noch für vor 1937 geborene Versicherte maßgeblich seien. Hintergrund der FRG-Ablösung, so heißt es weiter, sei es auch gewesen, Renten nicht für mehrere Jahr-

zehnte nach zweierlei Recht zu bewerten. Hier sei aber festzustellen, daß es immer wieder zu Abweichungen von der einheitlichen Rechtsanwendung komme. Nach Auffassung des Ausschusses sollten DDR-Übersiedler und -Flüchtlinge in den Bestand der Eingliederung vertrauen können, wie es etwa bei deutschstämmigen Ausiedlern aus Polen der Fall sei. Aus den Unterlagen zur Gesetzgebung des RÜG gehe nicht hervor, ob die sich für Übersiedler ergebenden Folgen „absehbar und gewollt waren“. Da sich aber eine Anwendung der FRG-Tabellenentgelte auch ungünstig auswirken könne, müsse eine gesetzliche Neuregelung eine Neufeststellung der Renten auf Antrag vorsehen, fordert der Petitionsausschuß. 

Dank

(uokg) Bei einem Festakt am 17. Juni im Berliner Rathaus zum 20jährigen Gründungsjubiläum der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit die erfolgreiche und wichtige Arbeit des Dachverbandes gewürdigt. Vor über 100 Vertretern aus Politik, Öffentlichkeit und Opferverbänden betonte er, daß die UOKG ihre Arbeit wegen großer Finanznöte bislang vielfach ehrenamtlich leisten mußte. Wowereit ermahnte die zuständigen Institutionen, sich ihrer Verantwortung bewußt zu werden und die bedrohte Existenz des Dachverbandes durch eine institutionelle Förderung dauerhaft zu sichern.

Der Bundesvorsitzende der UOKG, Rainer Wagner, dankte dem Regierenden Bürgermeister für die jahrelange gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. So sei Wowereit das einzige Landesoberhaupt, das die Opferverbände regelmäßig zu Gesprächsrunden zu sich einlade.

Ausdrücklich dankte Rainer Wagner auch den Institutionen, die durch ihre zeitlich befristeten Projektförderungen bislang ein Überleben der UOKG ermöglicht haben. Zu den größten Unterstützern des Dachverbandes zählen der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit, und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 

Kommentar

Oskar, der Trickreiche

An den Parteitag der „Linken“ hatten ihre Mitglieder große Hoffnungen geknüpft. Man wollte eine neue integrative Führung installieren, die die Flügelkämpfe beendet. Die bekannten Exponenten Gysi und Lafontaine beschrieben in ihren Eingangsreden den Zustand deutlich: Gregor Gysi sprach von Krieg in der Bundestagsfraktion der Linkspartei, Oskar Lafontaine beschwor die Delegierten, nur ja nicht das Wort Spaltung in den Mund zu nehmen.

Oskar wäre schon gern wieder Vorsitzender der Partei geworden, aber nur ohne Gegenkandidaten – was für ein entlarvendes Verständnis von Demokratie! Weil Dietmar Bartsch seine Kandidatur nicht aufgab, zog Lafontaine seine zurück und buddelte in der alten Trickkiste. Er brachte den ihm nahestehenden Gewerkschaftsfunktionär Riexinger ins Spiel, der dann auch neben Katja Kipping gewählt wurde. Damit konnte er seinen Erzfeind Bartsch verhindern – die Partei befriedet hat er nicht. Kurz nach der Wahl erklangen Rufe aus dem Oskar-Lager: „Ihr habt den Krieg verloren!“ Alle schönen Reden vom gemeinsamen Auftreten waren vergessen.

Solche Oskar-Tricks sind nicht neu. Bereits 1986 lud er den Verteidigungsminister der damals schon maroden DDR gemeinsam mit dem für

Sicherheit zuständigen Sekretär des Politbüros der dahinsiechenden SED ins Saargebiet ein, um über Maßnahmen für mehr Sicherheit zu verhandeln, und war entrüstet, als der Bundesverteidigungsminister es ablehnte, an den Gesprächen teilzunehmen. Im Prozeß der Vereinigung riet er zu einem langsameren Vorgehen und machte eine Reihe abstruser Vorschläge, z. B., für DDR-Bürger Visa einzuführen, um den Zustrom zu verhindern. Sein Ziel war, einen Teil des DDR-Sozialismus in die Bundesrepublik hinüberzuretten.

Diese und viele andere Tricks haben jedoch nichts genützt, weder ihm noch der Partei. Heute ist die Linkspartei nur noch in Brandenburg an einer Regierung, die fast handlungsunfähig ist, beteiligt. Selbst im Saarland war er, der früher mächtige Ministerpräsident, kürzlich nicht mehr koalitionsfähig und leitet dort nur noch seine einflußlose Linksfraktion. Kein Wunder: eine Partei, die nicht einmal intern ihre Ost-West-Gegensätze auszugleichen in der Lage ist, kann auch keinen Beitrag zu den momentanen Herausforderungen des vereinigten Deutschland leisten, sie ist überflüssig.

Hans-Peter Schudt

Voll-Macht

Unterschiede zwischen Vollmacht und Betreuungsverfügung

Wegen vieler Nachfragen hinsichtlich des im Stacheldraht Nr. 3/2012 veröffentlichten Artikels zum Betreuungsrecht an dieser Stelle noch einige grundsätzliche Hinweise zur Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung bzw. deren Unterschieden. Die Betreuungsverfügung ist eine vorsorgende Verfügung für den Fall, daß eine gerichtlich angeordnete Betreuung notwendig wird. Darin kann bestimmt werden, wer mit der Betreuung beauftragt werden soll, oder aber auch festgelegt werden, wer dafür keinesfalls in Betracht kommt. Zudem kann in der Betreuungsverfügung festgehalten werden, welche Wünsche und Gewohnheiten von dem Betreuer zu respektieren sind, wie z.B., ob man im Pflegefall zu Hause oder in einem Pflegeheim versorgt werden will oder welches Alten- bzw. Pflegeheim bevorzugt wird. Diese Wünsche sind für das Gericht und den Betreuer grundsätzlich verbindlich, außer, sie würden dem persönlichen Wohl der zu betreuenden Person zuwiderlaufen. Die Betreuungsverfügung kann auch mit einer Vorsorgevollmacht verbunden werden. Das sollte dann getan werden, wenn die Vorsorgevollmacht eine bestimmte Geschäftsbesorgung nicht abdecken sollte.

Die Vorsorgevollmacht ist von der Betreuungsverfügung dahingehend zu unterscheiden, daß letztere nicht zur Vertretung bei Rechtsgeschäften berechtigt. In ihr sollten vielmehr Wünsche festge-

legt sein, für den Fall, daß – weil keine Vollmacht erteilt wurde – ein Betreuer bestellt werden muß. Eine Vorsorgevollmacht sollte der Betreuungsverfügung immer dann vorzuziehen sein, wenn eine Person bereit ist, sich im Bedarfsfall um die anstehenden Angelegenheiten zu kümmern. Eine Vollmacht ist die durch Rechtsgeschäft einer anderen Person erteilte Vertretungsbefugnis. Sie wird in der Regel durch Erklärung des Vollmachtgebers gegenüber dem zu Bevollmächtigten (Vertrauensperson) erteilt. Diese Erklärung setzt die Geschäftsfähigkeit des Vollmachtgebers voraus. Die Vollmacht legt den Umfang des rechtlichen Handelns des Bevollmächtigten im Namen des Vollmachtgebers im Außenverhältnis fest. Deshalb sollte die Vollmacht in keinem Fall Zweifel am Eintritt ihrer Wirksamkeit zulassen. Ihr Gebrauch sollte nicht an Voraussetzungen geknüpft werden. Auch sollte die Gültigkeit der Vollmacht nicht etwa von ärztlichen Zeugnissen über den Gesundheitszustand des Vollmachtgebers abhängig gemacht werden. Eine Vollmacht zur Vorsorge ist nur dann uneingeschränkt brauchbar, wenn sie an keinerlei Bedingungen gebunden ist. Im Außenverhältnis interessiert grundsätzlich nur der Inhalt der Vollmacht, nicht aber z.B. Absprachen zwischen dem Vollmachtgeber und dem Bevollmächtigten zum Gebrauch der Vollmacht. Diese Absprachen betreffen vielmehr das Innenverhältnis. Im Innen-

verhältnis liegt rechtlich ein Auftrag zur Geschäftsbesorgung zugrunde (Vertrag). In diesem Rahmen kann der Vollmachtgeber z.B. Weisungen zum Gebrauch der Vollmacht erteilen. Das Auftragsverhältnis sollte zweckmäßigerweise schriftlich vereinbart werden, besonders dann, wenn es um Vermögensangelegenheiten geht. Damit kann der Vollmachtgeber die Rahmenbedingungen für die Vollmacht festlegen. Mit einer ausdrücklichen Regelung des Innenverhältnisses kann Streit über die Rechte des Bevollmächtigten vermieden werden. Sie dient sowohl dem Schutz des Vollmachtgebers (auch der Erben), als auch dem des Bevollmächtigten.

Die Vollmacht selbst bedarf immer der Schriftform. Sie muß nicht handschriftlich abgefaßt sein. Man kann sich auch eines geeigneten Vordruckes bedienen. Ort, Datum und vollständige eigenhändige Unterschrift dürfen jedoch nicht fehlen. Eine notarielle Beurkundung sollte dann erfolgen, wenn die Vollmacht auch unwiderruflich zum Erwerb oder zur Veräußerung von Grundstücken oder Eigentumswohnungen oder zur Aufnahme von Verbraucherdarlehen berechtigen soll. Darüber hinaus können spätere Zweifel an der Wirksamkeit der Vollmacht vermieden werden. Nähere Auskünfte und entsprechende Vordrucke unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

Europäische Plattform

Verfolgung kommunistischer Verbrechen in Europa

Am 5. Juni dieses Jahres hat die „European Platform of memory and conscience“ – zu deutsch „Europäische Plattform der Erinnerung und des Gewissens“ – im Brüsseler Gebäude des Europäischen Parlaments eine Veranstaltung durchgeführt, die den Titel „Legal Settlement of communist crimes“ trug, also „Die rechtliche Klärung kommunistischer Verbrechen“.

Der Veranstalter versteht sich als länderübergreifendes Netzwerk, mit dem Zweck, Institutionen und Organisationen aus Europa zusammenzubringen, die sich mit den totalitären europäischen Regimes des zwanzigsten Jahrhunderts auseinandersetzen. Die Plattform war im Oktober 2011 in Prag im Beisein der Ministerpräsidenten von Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei gegründet worden.

Bei der Brüsseler Veranstaltung erörterten die hochkarätigen Referenten aus unterschiedlichen Ländern auf vier Podien Möglichkeiten einer solchen rechtlichen Klärung auf europäischer Ebene sowie Hindernisse, die ihr derzeit im Wege stehen. Dabei konzentrierten sich die Beiträge

vornehmlich auf die strafrechtliche Verfolgung der kommunistischen Verbrechen. Diese ist in den Nationalstaaten weitestgehend abgeschlossen. Zumeist waren die Ergebnisse wenig zufriedenstellend. Ein Großteil der Täter wurde strafrechtlich nie zur Rechenschaft gezogen.

Als Konsequenz aus der Diskussion haben die Teilnehmer der Veranstaltung einen Aufruf verabschiedet. Darin fordern sie zur Gründung eines supranationalen Spruchkörpers auf, dessen Zweck es sein soll, die schwersten Verbrechen der kommunistischen Diktaturen zu ahnden. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Plattform eine internationale Expertengruppe schaffen, die Wege finden soll, eine solche Institution einzurichten.

Dies mag noch utopisch klingen. Aber, um einen Konferenzteilnehmer, den emeritierten Freiburger Strafrechtslehrer Albin Eser, zu zitieren: „Utopia ist the mother of progress“ – Utopie ist die Mutter des Fortschritts.

Florian Kresse

Bundesarchive öffnen!

1984 – Stadthalle Bad Godesberg bei Bonn: Mehrere international bekannte Juristen unter Vorsitz des ehemaligen Generalbundesanwalts Ludwig Martin lassen in einer Anhörung freigekaufte politische Gefangene der DDR über ihre Haftbedingungen zu Wort kommen. Ein Kapitel ist den Arbeitsbedingungen und den in der Haft gefertigten Produkten gewidmet. „Eine Gruppe stellt Strumpfhosen der Marke ESDA her, andere nähen Bettwäsche, Taschentücher und Handtücher für die Firma Planet in Eppendorf. Viele Produkte aus dem VEB Planet gehen in den Westexport. Bis 1980 wurden für das Wäschekombinat Lößnitz Herrenoberhemden genäht. Für die Firma VEB ELMO werden Teile für elektronische Geräte hergestellt“, so eine Zeugin über das Frauengefängnis Hoheneck. „Im Zuchthaus Brandenburg gibt es eine Vielzahl von Arbeitsmöglichkeiten, viele Betriebe haben Außenabteilungen dort eingerichtet. Es werden Elektromotoren gewickelt, Möbel gebaut, Kfz-Getriebeteile hergestellt“, erzählt ein Gefangener aus dem Zuchthaus Brandenburg. Oder über das Männerzuchthaus Cottbus: „Gearbeitet wird in drei Schichten in den Produktionsstätten von VEB SPRELA und VEB PENTACON. Beim VEB PENTACON werden Teile für Fotoapparate hergestellt. So ist z.B. die ‚Praktika‘, die auch in der Bundesrepublik Deutschland verkauft wird, eine Arbeit

von politischen Häftlingen. In den Werkstätten des VEB SPRELA, Spremberg, werden Preßstoffbuchsen gefertigt.“ Oder Bautzen II: Gearbeitet wird hauptsächlich für den volkeigenen Betrieb VEB ELEKTROSCHALTGERÄTEWERK OPPACH (Oberlausitz), vormals Siemens & Halske. Die Produktion umfaßt die Fertigung verschiedener Typen von Schaltschützen, die als Schutzschalter für elektrische Anlagen und Maschinen u.a. auch als Exportartikel in die Entwicklungsländer geliefert werden. Naumburg, der Auslöser der aktuellen Diskussion, brachte IKEA ins Spiel. „Produziert werden Metallbeschläge für die Möbelindustrie (VEB MEWA) und Plastikzeugnisse wie Käbme und Steckbausteine (ähnlich den westlichen LEGO-Steinen): VEB PLASTICA, Bad Kösen, VEB

METINA. ... Gearbeitet wird im Zwei- oder Dreischichtsystem unter schlechten Arbeitsbedingungen.“

Jede Aussage wurde schriftlich fixiert, und so findet sich in der Dokumentation „Strafvollzug in der DDR“ der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) bereits 1986 die Aussage: „Besonders aus dem Arbeitsbereich, in dem die Metallbeschläge für Möbel hergestellt

auf Heller und Pfennig Auskünfte erteilen können.

IKEA zeigte Gesprächsbereitschaft, aber warum schweigt die Bundesregierung? So wichtige Informationen in den Archiven zurückzuhalten, ist der falsche Weg der Aufarbeitung. Wir wollen, daß nicht nur darüber geredet wird, sondern daß es zu Konsequenzen kommt, und wenn es nur symbolische Zahlungen sind. Zwangsarbeit politischer Gefangener war nicht nur das Problem vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch in der DDR! Und wer Nutznießer von Zwangsarbeit war, muß Wiedergutmachung leisten.

Die Neuauflage der über 200 Seiten starken A5-Dokumentation „Strafvollzug in der DDR“ von 1986 ist leider vergriffen. Wir sind es aber der Nachwelt schuldig, daß die Zeugen endlich zu Wort kommen, deshalb wollen wir die Dokumentation in einer Neuauflage von 10 000 Exemplaren als Broschüre herausbringen, neue zusätzliche Berichte einarbeiten und im Internet bereitstellen. Für 5 Euro soll sie für jedermann erschwinglich sein und im Unterricht Verwendung finden, damit auch unsere Kinder erfahren, wie es in DDR-Gefängnissen wirklich zugeht und wer davon profitierte.

Wir bitten Sie deshalb für dieses Projekt um eine Spende auf folgendes Konto: IGFM Deutsche Sektion e.V., Konto 23 000 725, BLZ 5125 0000, Taunus-Sparkasse, Verwendungszweck „DDR-Zwangsarbeit“.

Karl Hafen

(Der Autor ist Geschäftsführender Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.)

IKEA-Hotline

Wie das schwedische Möbelunternehmen IKEA mitteilte, hat es eine Hotline eingerichtet, unter der sich Menschen melden können, die zur Aufklärung der Produktionsbedingungen von IKEA-Produkten bei Lieferanten in der ehemaligen DDR beitragen möchten. Mit der Untersuchung beauftragt wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young.

Angaben zur Produktion von IKEA-Produkten in der ehemaligen DDR können gemacht werden

- telefonisch: montags bis freitags von 9 bis 20 Uhr unter der kostenfreien Nummer 0800 000 73 03 oder aus dem Ausland (gebührenpflichtig) 0049 61 96 996 140 23
- per Fax: 0049 61 96 996 198 54
- per E-Mail: DDRAufarbeitung.IKEA@de.ey.com
- per Post: Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stichwort "IKEA DDR Aufarbeitung", Mergenthalerallee 3–5, 65760 Eschborn

Alle Angaben können auch anonym übermittelt werden.

werden, wird berichtet, daß es aufgrund veralteter Technik und sehr unzureichender Arbeitsschutzvorrichtungen häufig zu Unfällen kommt.“ Alle ehemaligen Gefangenen aller DDR-Gefängnisse – Männer wie Frauen – hatten die hohen Arbeitsnormen, deren Nichterfüllung regelmäßig zu Sonderstrafen führte, die veralteten Maschinenparks und die unfallträchtigen Arbeitsbedingungen beklagt.

Man hätte es längst wissen können, wer mit wem zusammenarbeitete und wer wieviel an wem verdiente! Erstens war der innerdeutsche Handel staatlich geregelt und zweitens hatte die Treuhand alle DDR-Betriebsstätten privatisiert. Sie waren damit Gegenstand der Abwicklung, und die Bundesregierung müßte daher

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Das MfS als religiöser „Aufklärer“

Wer war die Studiengruppe Christliche Verantwortung?

Von Klaus Habenicht

Bis zum Jahre 1990 erhielten ausgewählte Bürger der DDR und des sozialistischen Auslands ohne jedes Abonnement oder Bestellung auf dem Postweg eine Zeitschrift mit dem Titel „Christliche Verantwortung“. Auch in das westliche Ausland gelangte sie. Dort erregte sie die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes der Bundesrepublik Deutschland, der eine Verbindung zum MfS vermutete und einen dänischen Pfarrer als Besucher zur Redaktion sandte.

Als Gründer der Zeitschrift zeichnete Willy Müller, ehemaliger Gebietsdiener der Zeugen Jehovas im Bezirk Gera. Die Auflagenhöhe betrug 5000 bis 6000 Exemplare monatlich. Hergestellt wurde sie in der Druckerei „Volkswacht“ in Greiz. Anfangs erhielten die DIN-A5-Briefe keine Absenderangabe, das führte bei Rücksendungen zu Problemen mit der Deutschen Post. Später bekamen die Umschläge eine winzige, gestempelte Aufschrift: Studiengruppe Christliche Verantwortung in Gera. Als Straße wurden die Böttchergasse, die Straße der Republik oder die Otto-Dix-Straße angegeben.

Nach der letzten großen Verhaftungsaktion gegen die Zeugen Jehovas im Jahre

1965 plante das MfS, eine Abteilung zu schaffen, die sich auf ideologischer Grundlage mit den Lehren der Zeugen Jehovas und auch anderer kleiner Religionsgemeinschaften auseinandersetzen sollte. Ziel war es, eine Hinwendung zum sozialistischen Staat zu bewirken, die Kirchenpolitik der DDR zu erläutern,

CHRISTLICHE VERANTWORTUNG

MONATSSCHRIFT DER STUDIENGRUPPE CHRISTLICHE VERANTWORTUNG
BEGRÜNDET 1959 VON WILLY MÜLLER, GD, GERATHOR, DDR

Der Kopf der Zeitschrift.

ein besseres Verhältnis zum Staat und im Falle der Zeugen Jehovas eine Zerschlagung der illegalen Organisation in der DDR zu erreichen. Das MfS organisierte eine Vereinigung, die als „Studiengruppe Christliche Verantwortung“ bezeichnet wurde. Die Studiengruppe erhielt je ein Büro in Gera und Berlin. In einigen weiteren Städten der DDR gab es Stützpunkte. Als Leiter des Geraer Büros „gewann“ man Willy Müller, einen Zeugen Jehovas. Müller war in der DDR wegen seines Glaubens inhaftiert, und nach eigenen Berichten dachte er während seiner Haftzeit immer wieder


Zeuge Jehovas, der aber den Folgen von Haft und Verurteilung nicht gewachsen war und schon in der Haftzeit seine Gentätigkeit ankündigte. Er war IM „Wilhelm“. Im Auftrag des MfS reiste er nach Polen und gab sich mit einem gefälschten Ausweis als Vertreter der Zeugen Jehovas in den USA aus. Er verriet polnische Zeugen an den polnischen Geheimdienst.

Nach dem Tod Willy Müllers übernahm als neuer Herausgeber Wolfgang Daum. Sein Klarnamen lautete Karl-Heinz Simdorn. In den Unterlagen des MfS erscheint er als IM „Heini Turner“ und hat weitere Deck-

namen. Im Auftrag der Staatssicherheit hatte er 1958 den erfolgreichen Einbruch in das Zweigbüro der Zeugen Jehovas in West-Berlin organisiert. Die erbeuteten Namenslisten ermöglichten es dem MfS, gezielt Verhaftungen vorzunehmen. Später wurde er abgelöst und erhielt ein Hausverbot für die Büros der Studiengruppe Christliche Verantwortung. Der neue und auch letzte Leiter war Henry Werner, Klarnamen Werner Struck. Die Gesamtstärke der Studiengruppe kann auf 400 Personen geschätzt werden. Aktiv waren nach Angaben in den Akten vielleicht 180 Personen, bezogen auf das Staatsgebiet der ehemaligen DDR. Ein kleiner aktiver Kreis von ca. 30 Personen bildete das Redaktionskollegium bzw. den Arbeitskreis. Sie trafen sich in regelmäßigen Abständen in Gera oder Berlin, um über die Herausgabe der Zeitschrift zu beraten.

Die Berichte über jedes einzelne Treffen erfuhren und nach seinen Beweggründen fragten, habe er keine Antwort gegeben, die Zeugen Jehovas doch als Menschen zu achten, was ihm nur mitleidiges Lächeln einbrachte. Für die Herausgabe der Zeitschrift, für Redaktionsberatungen, Versand, Fahrgelderstattungen, Bewirtung und Druckkosten waren im Monat ca. 2000 Mark erforderlich. Schon 1965 richtete man ein Spendenkonto bei der Bank für Handel und Gewerbe in Gera ein. Anfangs übergaben die Führungs-

Leiter des Berliner Büros wurde Dieter Pape, ebenfalls

Abteilung IX/4 Diensteinheit		21. 11. 1973 Datum des Ausfüllens		Streng geheim!	
1724/9		Auskunftsbericht (In Blockschrift oder mit Schreibmaschine ausfüllen - keine Abkürzungen verwenden)		BStU 000244	
Reg.-Nr. X 3385/60				Aufnahmejahr 19 69	
IM-Art FIM		Deckname (HEINI TURNER/WOLFGANG)		Datum der Werbung 06.12.57	
Pseudonymen (auch ehemalige)		Wolfgang Daum, Heinz Lindner, Heinz Simdorn		geworben durch DE/Mitarbeiter HA II	
Personalien		Name* Simdorn		Vorname* Karl-Heinz	
Geburtsname		Geburtsdatum 16.2.27		Geburtsort/Kreis/Staat Berlin	
Künstlernamen, Spitznamen usw.		Geschlecht männlich		religiöse Bindung keine	
Personenkenntz. 116 0 8 2 7		weitere Angaben zur Person lt. Personalausweis		besondere Kennzeichen keine	
Größe		Augenfarbe		Nationalität	

Karl-Heinz Simdorn alias Wolfgang Daum wurde als „FIM“ – Führungs-IM – eingesetzt.

offiziere Briefmarken und Umschläge persönlich an Willy Müller. Später führte man die Studiengruppe als Religionsgemeinschaft, und sie erhielt finanzielle Unterstützung wie andere Religionsgemeinschaften. Wolfgang Daum stand auf der Gehaltsliste des MfS. Auch das ZK der SED half, als es mit den Büroräumen in Gera Schwierigkeiten gab. Ein weiterer Finanzweg sollte über die Ost-CDU verlaufen. Das MfS achtete streng darauf, daß die Verbindung zur Staatssicherheit nicht aufgedeckt werden konnte. Schon damals argwöhnten viele etwas, konnten es aber nicht nachweisen.

Die Mitarbeiter der Christlichen Verantwortung rekrutierten sich aus Stasi-IM und ehemaligen Zeugen, die die in der DDR illegale Organisation verlassen hatten. Die Reaktionen der Empfänger der Zeitschrift waren größtenteils negativ. Die Dresdner Gruppe ehemaliger Zeugen lehnte den Bezug ab. Die Organisation der Zeugen Jehovas in der DDR empfahl, sie ungelesen zu verbrennen. Nur wenige haben sich inhaltlich damit auseinandergesetzt. Mangelnde Bibelkenntnis der Autoren, beleidigende Äußerungen gegen Glaubensansichten und absolute Staatstreue stießen sehr viele Leser ab. Es war kein Meinungsstreit, keine Kritik, sondern Zersetzung im Stasi-Stil, wie vom MfS gewollt.

Die Studiengruppe Christliche Verantwortung unterhielt Beziehungen zu Kirchen und Religionsgemeinschaften im In- und Ausland. Haupttrichtung waren aber die Zeugen Jehovas. Mit Hilfe des MfS erzwangen Mitarbeiter der Studiengruppe Aussprachen mit illegalen Gruppen von Zeugen, weil Einladungen an diese ignoriert worden waren. Mitarbeiter der Studiengruppe wollten ihnen auch bei ihrem Predigtendienst „auf dem Fuße folgen“, um die Bürger über den „wahren Charakter der Zeugen Jehovas aufzuklären“. Der moderne Ausdruck dafür ist Stalking. Es handelte sich dabei nicht um Aufklärung, sondern um Diffamierung der Besucher als Zersetzungsmaßnahme.

Innerhalb der Studiengruppe gab es viele Rivalitäten, die das MfS immer wieder zu glätten versuchte. Manche Mitglieder erkannten den wahren Charakter der Studiengruppe und zogen sich zurück. Einer wandte sich mit einer Flugblatt-Aktion gegen ihre Praktiken, sehr zum Mißfallen des MfS. Die Studiengruppe strebte auch nach offizieller Anerkennung und Wertschätzung in der DDR. Sie wünschte sich die Wertung ihrer Arbeit als nützliche gesellschaftliche Tätigkeit, ähnlich einem Sportverein, der Feuerwehr oder einer Kulturgruppe. Trotz aller Bemühungen blieb ihr das versagt. Das MfS versicherte über den Staatssekretär für Kirchenfragen volle Unterstützung und gute Zusammenarbeit. Weiteres lehnte man ab.

Die Adressen der Empfänger vermittelte das MfS. Die Leitung der Studiengruppe verstieg sich zu der Behauptung, sie würde die Leser betreuen. Wer aber die Zeitschrift nicht mehr lesen wollte und sie mit dem entsprechenden Vermerk zurücksandte, erlebte Seltsames: Die Zusendung ging jahrelang weiter, trotz aller Proteste der Empfänger. Daß es dabei zu heftigen Reaktionen kam, ist verständlich.

Im Frühjahr 1990 versiegte der Brief-

Der Genosse der Sicherheitsorgane Volkspolens richtete an uns die Bitte, einen inoffiziellen Mitarbeiter, der die Belange der "Zeugen Jehova" kennt, nach Volkspolen zu schicken, wo er als Vertreter der Zentrale Wiesbaden bzw. des Präsidenten ...*Knorr*... auftreten kann, um dort festzustellen:

1. Wo befindet sich die zentrale Druckerei und die restlichen 6 illegalen Druckereien;
2. Abverlangen des belastenden bzw. kompromittierenden Materials von der loyalen Gruppe über die jüngeren sturen Funktionäre;
3. Verbindungen anzunehmen mit "Zeugen Jehova", die die Absicht haben, die Gilead-Schule (Zentralschule der "Zeugen Jehova" in USA) zu besuchen und mit diesen einen Treff zu vereinbaren, wo ein Vertreter der Zentrale mit ihnen verhandeln wird.

„Amtshilfe“ für das sozialistische Polen.

versand der Studiengruppe Christliche Verantwortung. Der Herausgeber verbreitet noch einige Ausgaben, die auf einer uralten Druckmaschine hergestellt sein mußten. Als Verkaufspreis forderte er zwei Deutsche Mark. Dann versuchte er in die Opferrolle zu schlüpfen und behauptete, die Zeit der Schmähungen wäre auch für ihn vorbei. In der letzten Nummer gab er als Adresse an: Herausgeber Henry Werner, Gera/Thüringen, Hauptpostlagernd. Damit war diese Einrichtung des MfS zerfallen, die es ohne das großartige Förderprogramm nie gegeben hätte.

Grotewohl-Express

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresses“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Abteilung XX

Gera, 15.9.89
al-kr 3257/89
Tel. 2921

BSU
00008

MfS Berlin
Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
H-Abteilung XX
Berlin

OPPIE
BSU

- Zersetzende Zeitschrift "Christliche Verantwortung"

Als Anlage übersenden wir Ihnen 20 Exemplare der Zeitschrift "Christliche Verantwortung", Nr. 242, welche in der Zeit vom 23.9.89 bis zum Versand gebracht wurde.

Leiter der Abteilung
Hohberger
Oberstleutnant

Anlage

Hier bezeichnet das MfS ganz klar das Ziel der Zeitschrift – Zersetzung. Quellen: BStU

Die Kinder der Bürgerrechtler

IGFM engagiert sich für vergessene Opfer der kubanischen Diktatur

(igfm) Daß Andersdenkende, z.B. Mitglieder der Bürgerrechtsorganisation „Damas de Blanco“ („Damen in Weiß“) oder der oppositionellen „Patriotischen Union Kubas“ (UNPACU), ihr friedliches Engagement für fundamentale Menschenrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Kuba nur zu oft mit Drohungen, Schlägen, Mißhandlungen und Gefängnis bezahlen, ist bekannt.



Die Kinder kubanischer Dissidenten erwartet meist ein ähnliches Schicksal wie ihre Eltern.

Die Angehörigen dieser mutigen Bürgerrechtler, die ebenso unter den Repressalien des Castro-Regimes zu leiden haben, werden dabei aber oft übersehen. Es sind die Frauen, Geschwister, Eltern und Kinder, die das Regime zur Geisel macht um Bürgerrechtler und Journalisten zum Schweigen zu bringen. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

will vor allem die Rechte der Kinder schützen, humanitär helfen und die Öffentlichkeit über das Schicksal der Kinder und ihrer Familien informieren.

Da die Kinder der Dissidenten oft miterleben müssen, wie ihre Eltern von der kubanischen Polizei mißhandelt und verhaftet werden und dabei oft sogar selbst angegriffen werden, leiden sie häufig unter Angstzuständen. In der Schule, auf der Universität oder am Arbeitsplatz werden sie öffentlich diskriminiert. Wenn beide Elternteile verhaftet worden sind, ist auch die Betreuungssituation ungeklärt. Die kubanische Staatssicherheit nutzt Kinder einerseits als Druckmittel, um ihre Eltern dazu zu bewegen, regimekritische Aktivitäten einzustellen. Andererseits werden Kinder zum Denunziantentum gegen die eigenen Eltern und Geschwister angehalten.

Die Kinder des Bürgerrechtler-Ehepaars Belkis Cantillo, Mitglied der „Damen in Weiß“, und die Kinder von José Daniel Ferrer, ehemaliger politischer Gefangener und Sprecher der „Patriotischen Union Kubas“ (UNPACU), wurden bereits mehrmals Opfer von Verhaftungen, Übergriffen und Mißhandlungen. Als José Daniel Ferrer 2003 im Zuge einer Verhaftungswelle gegen kubanische Dissidenten, dem sogenannten „schwarzen Frühling“, inhaftiert und erst nach acht Jahren wieder aus der Haft entlassen wurde, litten die traumatisierten Kinder unter der Abwesenheit ihres Vaters, den sie nur sporadisch besuchen durften.

Am 2. April 2012 durchsuchte die kubanische Polizei mehrere Häuser von Dissidenten. Dabei wurden mindestens 25 Regimegegner, darunter auch Belkis Cantillo und José Daniel Ferrer, geschlagen, mißhandelt und verhaftet. Ihr Verbleib war tagelang ungewiß. Als die 14jährige Martha Beatriz Ferrer von der Schule nach Hause kam, fand sie das Haus von Polizisten umstellt, ihre Eltern waren verschwunden. Sie bestürmte die Beamten, ihr zu sagen, wo ihre Eltern hingebacht worden waren, und wurde daraufhin selbst Opfer des brutalen Vorgehens der kubanischen Regierung. „Eine Polizistin stieß mich zurück und zerrte mich gewaltsam auf die Straße. Sie bedrohte mich und sagte, daß ich minderjährig sei, daß mir aber dennoch etwas ‚zustoßen‘ könne“, so Martha Beatriz Ferrer.

Ihre jüngeren Geschwister Fatima Ferrer (9) und Daniel Ferrer (7) leiden immer wieder unter Angstzuständen, weil sie das brutale Vorgehen der kubanischen Polizei gegen ihre Eltern bereits mehrmals miterleben mußten. „Meine Geschwister sind sehr besorgt. Fatima hat geweint, als sie sie weggebracht haben, sie möchte zu ihrer Mama“, berichtete die ältere Schwester.

Erst zwei Jahre alt war Estefani Antomarchi, Tochter des Dissidenten Marino Antomarchi, als sie im August 2011 in Palma Soriano (Provinz Santiago de Cuba) Opfer eines Tränengasangriffs wurde, während Spezialeinheiten der kubanischen Polizei das Haus stürmten. Seither leidet das Mädchen unter Nervenproblemen und hat Angst, allein in ihrem Zimmer zu sein. „Estefania hat nach dem Vorfall einen Tag weder gegessen noch getrunken, außerdem hat sich ihr allergisches Asthma verschlechtert“, sagte Marino Antomarchi.

Als die „Dame in Weiß“, Mayelín La O Montero, am 19. November 2011 die Messe in Palma Soriano besuchen wollte, wurden sie und ihr Ehemann, der Bürgerrechtler Alexánder Aldana Batista, verhaftet und erst am darauf folgenden Sonntag wieder freigelassen, erfuhr die IGFM. Amanda, die 8jährige Tochter La O Monteros, verbrachte den gesamten Sonnabend bis 11 Uhr abends weinend vor der Polizeistation, auf der ihre Mutter festgehalten wurde, und bat, man solle ihr doch ihre Mutter zurückzugeben. Schließlich wurde sie von einem Polizisten vorübergehend in die Obhut einer Nachbarin gegeben. Seitdem lebt die 8-Jährige in ständiger Angst: „Wenn ich in die Schule gehe, sehe ich überall Polizisten. Ich habe Angst, weil ich jedes Mal denke, meine Mama ist verhaftet worden.“

In einem der IGFM vorliegenden Video der UNPACU wird gezeigt, welche Auswirkungen die Verhaftung seiner Mutter auf Josué, den Sohn der „Dame in Weiß“ Yarisel Figueredo Valdés, hatte: Figueredo und ihr Ehemann Julio César Vegas Santiesteban waren gemeinsam mit anderen Dissidenten auf dem Weg zu dem Grab des kürzlich im Hungerstreik verstorbenen Dissidenten Wilman Villar Mendoza und wurden von der kubanischen Polizei ver-

In eigener Sache

Von der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 7 auf 19 Prozent des Presseversands bei der Deutschen Post ist auch „der Stacheldraht“ betroffen. Jährlich müssen wir 4500 Euro zusätzliche Eigenmittel aufbringen. Mit Einsparungen allein ist dies nicht zu leisten. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser herzlich, unsere Zeitschrift zu unterstützen. Bitte spenden Sie großzügig, damit auch weiterhin die regelmäßige Information der ehemaligen Verfolgten, ihrer Angehörigen, politischer Entscheidungsträger und Interessierter gesichert ist.

Konto: BSV-Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Vielen Dank!

Die Herausgeber/Die Redaktion

haftet. Der minderjährige Josué war allein zu Hause und wartete bis spät in die Nacht vergeblich auf seine Eltern. Schließlich erfuhren Mitglieder der UNPACU von seinem Fall, brachten ihn in Sicherheit und versorgten ihn.

In eine ähnlich verzweifelte Lage geriet der Sohn der „Dame in Weiß“, Ivonne Malleza Gallano, Ende 2011: Malleza Gallano und ihr Ehemann Ignacio Martinez Montero wurden am 30. November 2011 während einer friedlichen Demonstration in Havannas „Park der Brüderlichkeit“ verhaftet und blieben 52 Tage lang ohne offizielle Anklage in Haft. Um ihren gemeinsamen minderjährigen Sohn mußte sich in der Zwischenzeit notgedrungen eine Tante kümmern, die selbst Opfer von Repressalien des Regimes ist.

Die IGFM kritisiert die gewaltsame Repression der kubanischen Regierung gegen friedliche Aktivisten wie die „Damen in Weiß“ als „absolut unverhältnismäßig“. Die Übergriffe entbehren jeder rechtlichen Grundlage und sind augenfällige Zeugnisse der Terrorherrschaft von Kommunistischer Partei und Staatssicherheit. Das Vorgehen des Regimes gegen die Kinder der Regimegegner verletzt das in der 1991 ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebene Diskriminierungsverbot (Art. 2) sowie das Recht der Kinder auf Wohlergehen (Art. 3) und auf Schutz vor Gewaltanwendung, Mißhandlung und Verwahrlosung (Art. 19). Denn selbst wenn die Eltern schuldig wären – warum müssen die Kinder dafür bezahlen?

(Ständig aktualisierte Nachrichten über die Lage der politisch Verfolgten in Kuba auf der Internetseite www.igfm.de sowie bei Facebook www.facebook.com/igfm-deutschland)



Die „Damen in Weiß“ fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen – ihre Kinder sind mit dabei.

Fotos: IGFM

Rumänien, 1951–1956: Die Deportation „gefährlicher Elemente“ in den Bărăgan

Der Kampf gegen das Großbauerntum war für das 1945 in Rumänien installierte volksdemokratische Regime eine notwendige Etappe beim Aufbau der neuen Gesellschaft. Die Vertiefung des Klassenkampfes zwischen den armen Bauern und den Großbauern, den so genannten „chiaburi“, wurde zu einer der höchsten Prioritäten der neuen Regierung. Die im Land anwesenden sowjetischen Berater forcierten ein gesellschaftliches Gleichheitsmodell mit dem Ziel der Beseitigung des kapitalistischen Elements auch in der Landwirtschaft. Im März 1949 beschloß die Rumänische Arbeiterpartei die Kollektivierung, gegen die sich alsbald Widerstand regte. Die reichen Bauern wurden beschuldigt, Protestaktionen zu organisieren und Sabotageakte zu verüben. In jener unruhigen Zeit eskalierte ein anderer, für die Partei nicht weniger bedeutsamer Konflikt: das Zerwürfnis zwischen Stalin und Tito. Rumänien stellte sich im „Kampf gegen den Titoismus“ bedingungslos an die Seite Moskaus. Die Schnittmenge der beiden Problemfelder war das Banat. Die explosive Kombination von hier unvergleichlich vermögendere Bauern als in den anderen Landesteilen, die serbische Minderheit als potentiellm Unsicherheitsfaktor und die Nähe der jugoslawischen Grenze wurde propagandistisch instrumentalisiert. Im November 1950 schließlich legte der Geheimdienst Securitate einen Plan zur Entfernung aller „gefährlichen Elemente“ aus der Grenzzone vor.

1951 verfügte das rumänische Innenministerium die Umsiedlung einiger Be-

völkerungskategorien aus einer 25 km breiten Zone entlang der Grenze zu Jugoslawien ins Landesinnere. Im Juni 1951 wurden 12 791 Familien mit 40 320 Personen – darunter „chiaburi“ (47%) und „Titoisten“ (3%), aber auch alle Flüchtlinge aus Bessarabien, der Nordbukowina und der Süddobrudscha (30%) – aus rund 200 Ortschaften der heutigen Kreise Temesch (Timis), Karasch-Severin (Caraş-Severin) und Mehedinţi „evakuiert“ und in der Bărăgan-Ebene im Südosten Rumäniens angesiedelt, wo jede Familie mit 2500 m² Boden begütert wurde. Sie erbauten 18 neue Dörfer, fünf im Kreis Brăila, sieben in Călăraşi, eines in Galatz (Galati) und fünf in Ialomiţa.

Nach der schrittweisen Aufhebung des Zwangsaufenthaltes – Juli und Dezember 1955, Februar 1956 – kehrten die meisten Familien in ihre Dörfer in der Grenzregion zurück (den 12 000 Flüchtlingen aus Bessarabien, der Nordbukowina und der Süddobrudscha wurde die Rückkehr ins Banat allerdings größtenteils verwehrt), wo sie wieder in ihre alten Rechte eingesetzt wurden. Ihr Landbesitz war jedoch inzwischen in die Kollektivwirtschaften integriert worden. Im Bărăgan verblieben nicht nur ihre Häuser und Felder, sondern auch ihre Toten. In die verlassenen Häuser wurden später Studenten, die wegen ihrer Teilnahme an der Temeswarer Studentenrevolte von 1956 (zusätzlich zu ihren Haftstrafen) ein bis fünf Jahre Zwangsaufenthalt im Bărăgan, hauptsächlich in Lăteşti, verbüßen mußten, einquartiert. Mit der Zeit verfielen die

Häuser, die Friedhöfe verschwanden unter Gemüse- oder Getreidefeldern. Heute existieren noch lediglich die Dörfer Dâlga und Fundata.

Uwe Detemple

(Vom Autor ist zu diesem Thema erschienen: Banater in Südostrumänien 1951–1956, Books on Demand, Norderstedt 2012. Printausgabe als Paperback, 92 S., 12,00 €, ISBN 978-3-8482-0843-2; eBook: 9,49 €, ISBN 978-3-8448-3413-0)

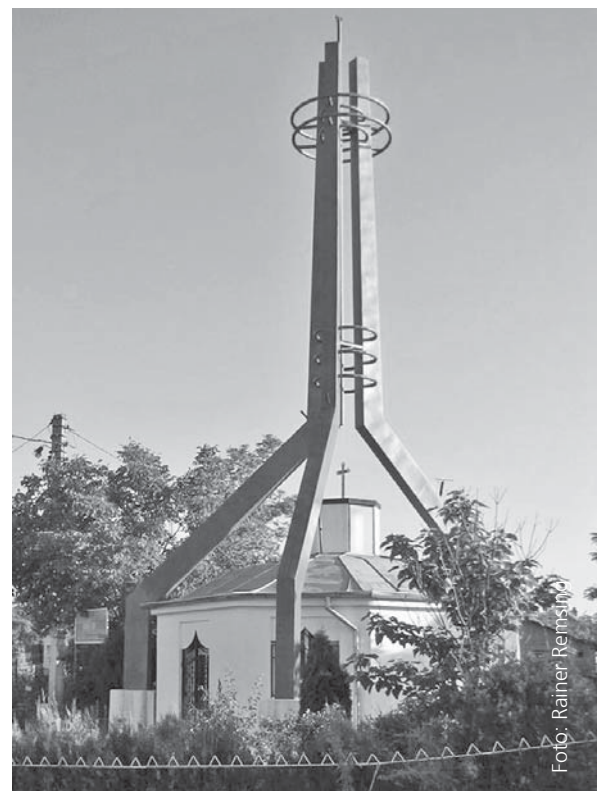


Foto: Rainer Reimschuessel

Gedenkstätte zur Erinnerung an die Deportation, in Fundata.



Aufruf zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte Europa eine politische und ideologische Teilung in demokratisch verfaßte Staaten und in jene des sowjetischen Machtimperiums. Auch in einem Teil Deutschlands begann 1945 der Aufbau einer kommunistischen Diktatur. Für die Menschen, die hier leben mußten, folgten 44 Jahre in Unfreiheit, Angst, politischer Verfolgung und Unterdrückung.

Im Herbst 1989 forderten mutige und couragierte Bürger in der DDR vom SED-Regime freiheitliche und demokratische Rechte. In der Friedlichen Revolution erzwangen sie den Rücktritt der Regierung, die Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze sowie die ersten freien Wahlen.

Seit nunmehr 22 Jahren ist Deutschland in Freiheit wiedervereinigt. Doch die totalitäre kommunistische Vergangenheit darf nicht in Vergessenheit geraten, insbesondere nicht die vielen Menschen, die auf Grund von Haft und Verfolgung gelitten haben, die enteignet, verschleppt, seelisch gebrochen und deren Familien auseinandergerissen worden sind.

An diese Frauen, Männer und Kinder müssen wir erinnern.

In Deutschland gibt es viele Denkmäler und Gedenktafeln, die sich auf die Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft seit 1945 beziehen. Sie sind jedoch in der Regel speziellen Ereignissen und einzelnen Opfergruppen gewidmet.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, daß ein Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer der kommunistischen

Gewaltherrschaft in Deutschland von 1945 bis 1989 an einem zentralen Platz in der Hauptstadt unseres wiedervereinigten Landes errichtet wird.

Nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus wurde im sowjetisch besetzten Sektor Berlins die Zentrale der Sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland errichtet. Mit der Gründung der DDR entstand hier das staatliche und repressive Machtzentrum der SED. Deshalb sollte das zentrale Mahnmal an einem repräsentativen Platz in Berlin entstehen.

Dieser Ort soll dem Gedenken an diese Opfer gewidmet sein und dauerhaft an die zerstörerische Macht des kommunistischen Gesellschaftssystems erinnern.

In anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks wird bereits der millionenfachen Opfer der Verbrechen nach 1945 würdig gedacht. So sind in den vergangenen Jahren in Prag, Csömör bei Budapest, Sofia oder in Moskau vor dem Hauptquartier der ehemaligen sowjetischen Geheimpolizei Mahnmale entstanden. Nahezu ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der kommunistischen Diktatur in der ehemaligen DDR ist es an der Zeit, daß auch in Deutschland ein solcher Ort entsteht.

Wir wollen jedoch keine Opfergedenkbzw. Mahnstätte, an der anlässlich eines bestimmten Termins jedes Jahr Ansprachen gehalten und Kränze niedergelegt werden, die aber ansonsten wegen ihres bedrückenden Charakters von der Bevölkerung gemieden wird. Der positive Akzent – die gelungene Überwindung

der Diktatur – soll hier im Vordergrund stehen.

Widerstand gegen politische Repressionen sowie Toleranz, Freiheit, Demokratie und das Recht auf Individualität: Die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft soll auch Mut machen, sich in Zukunft gegen Unrecht und Gewalt in jeder Form zur Wehr zu setzen.

Unser Ziel ist die Herbeiführung eines Beschlusses im Deutschen Bundestag über die Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zwischen 1945 und 1989. Deshalb rufen wir dazu auf, unsere Initiative sowohl in der öffentlichen Diskussion, als auch politisch zu unterstützen, denn wir stehen noch am Anfang!

Als ersten Schritt wollen wir Unterschriften von allen Personen sammeln, die hinter unserem Projekt stehen und eine Auseinandersetzung um die Interpretation der jüngsten Vergangenheit nicht scheuen.

Bitte unterschreiben Sie diesen Aufruf (eventuell vorher kopieren) und schicken Sie ihn unterschrieben zurück an die:

**UOKG e.V.
Geschäftsstelle Mahnmal
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin**

(Oder eingescannt in elektronischer Form an mahnmal@uokg.de)

Sie können auch mehrere Unterschriften sammeln.

1. Name, Adresse

Unterschrift

2. Name, Adresse

Unterschrift

3. Name, Adresse

Unterschrift

4. Name, Adresse

Unterschrift

Workutaner-Treffen


(hs) Die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion besteht weiter. Ein Auflösungsantrag, der wegen des hohen Alters der meisten Mitglieder gestellt wurde, verfiel der beinahe einstimmigen Ablehnung. So geschehen bei der von der Bundesstiftung Aufarbeitung geförderten Projekttagung im Berliner Estrel-Hotel. Horst Schüler, seit Jahren Sprecher der Lagergemeinschaft, der vor der Tagung ebenfalls zur Auflösung neigte, änderte seine Meinung, weil, so sagte er zu Beginn der Tagung, die Organisation der wohl ersten Widerständler gegen die kommunistische Herrschaft in der DDR im „Konzert“ der vielen Opferverbände dann keine Stimme mehr hätte. Ihre besonderen Anliegen könnten von anderen Organisationen nicht im Sinne der sowjetischen GULag-Veteranen vertreten werden. Dies vor allem auch deshalb nicht, weil 2013 des Aufstandes der Häftlinge in der sowjetischen Strafregion Workuta vor dann 60 Jahren gedacht werden soll,

bei dem im Lager des 29. Schachts 64 Gefangene erschossen und viele hundert verwundet wurden.

Horst Schüler wurde einstimmig weiterhin die Führung der Lagergemeinschaft anvertraut. Kassenwart Günther Kowalczyk, der vor kurzem seinen 90. Geburtstag feierte, trat aus Altersgründen zurück. Die Versammelten dankten ihm für seine seit Jahren geleistete verantwortungsvolle Arbeit mit starkem Beifall. Seine Nachfolge trat Gerhard Janson an.

Eine Podiumsdiskussion, bei der Dr. Sascha Kowalczyk, Professor Gerald Wiemers (Leipzig), Edda Ahrberg und Dr. Karl Wilhelm Fricke auftraten, beschäftigte sich mit den Themen: Warum ist ein kommunistisches Herrschaftssystem ohne Terror gegen Andersdenkende nicht möglich? Und: Sind Opfer des Kommunismus gegen Versöhnung? Moderiert wurde die zum Schluß offene Aussprache von Horst

Schüler. Danach besuchten die Teilnehmer der Tagung die im Neuhardenberger Schloß gezeigte Ausstellung „GULag“, organisiert vom russischen Memorial und erstmalig in Deutschland zu sehen. Der nächste Ausstellungsort ist Weimar.

Eine Aussprache mit Roland Jahn, dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der früheren DDR, und der Besuch von Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, waren weitere Höhepunkte der Projekttagung. Beifällig begrüßt wurde die auffallend gestiegene Teilnehmerzahl von jüngeren Angehörigen der ehemaligen politischen Häftlinge. Insgesamt besuchten ca. 100 Frauen und Männer die Tagung, bei der auch über die Schaffung eines Museums im Lager Friedland informiert wurde. Viele der Heimkehrer aus den sowjetischen Strafregionen waren Ende 1955 bis Anfang 1956 über Friedland geführt worden. 

Bautzener Nachklänge

Jahrestreffen des Bautzener Kirchenchores

Vom 10. bis 14. Juni dieses Jahres kamen wir ehemaligen Kirchenchorsänger aus dem Bautzener „Gelben Elend“ der 50er Jahre wieder zusammen, zum 31. Mal und erneut in Eisenach im sehr gastfreundlichen „Haus Haistein“. Freilich waren wir nur noch zehn Männer, alle „achtzig plus“, einige trafen mit ihren Ehefrauen ein, aber leider mußte ein weiteres halbes Dutzend krank oder nicht mehr reisefähig absagen. Dafür wurde die Liste der uns in den himmlischen Chor Vorangegangenen immer länger, zu ihrem Gedenken riefen wir 53 Namen auf.

Auch Frau Petzold war wieder gekommen, die derzeitige Anstaltspfarrerin von Bautzen, sie zählt ja fast schon zu uns. Unsere Verbindung entstand im vorigen Jahr, und die vielen Gespräche mit ihr waren wieder sehr intensiv. Nicht anders die neue Begegnung mit Pfarrer Stauss, dem Beauftragten der EKD für die Opfer der SED-Kirchenpolitik. Ihm lag besonders daran, etwas über das Wirken des damaligen Bautzener Gefängnisseelsorgers Pfarrer Mund zu erfahren. Er wollte aber auch uns „Tribunaler“ kennenlernen, weil er sonst mit den späteren Opfern der

DDR-Justiz zu tun hat, deren Erfahrungen sich von unseren sehr unterscheiden.

Ein Halbtags-Ausflug führte uns nach Ruhla zum Erlebnis-Park „mini-a-thür“. Wie Gulliver im Land der Liliputaner spazierten wir durch eine geschickt in die hügelige Landschaft eingebettete Ansammlung von über einhundert bekannten Schlössern, Burgen und anderen Gebäuden, Brücken, Türmen und sonstigen Sehenswürdigkeiten Thüringens – alle als Modelle im Maßstab 1:25 hergestellt und „belebt“ mit allerlei Personen und Fahrzeugen im gleichen Maßstab, sogar mit fahrenden Eisenbahnen. Die Sonne meinte es gut mit uns, wenn wir Gehbehinderten eine Pausenbank aufsuchten. Es war ein interessanter und fotogener Minitrip durch das „Grüne Herz Deutschlands“. Abschließend speisten wir in einem Waldrestaurant am Rennsteig, und eine halbe Stunde später kamen wir im vertrauten Hotelbett zum wohlverdienten Mittagsschlaf.

Zu einem besonderen Höhepunkt wurde der Film unseres Jochen Berndt, der in zwölf Etappen Episoden und Personen aus den früheren Zusammenkünften seit 1994

wieder lebendig machte – großen Dank für die gelungene Arbeit! Natürlich feierten wir wieder eine Andacht in der stimmungsvollen Kapelle, der Chorbruder Pastor Stephan predigte. Ebenso selbstverständlich sangen wir, freilich mit schon etwas brüchiger Stimme, aber dafür zu unserer Freude unterstützt von den acht Frauen. Der Abschied bis zum nächsten Wiedersehen in einem Jahr geriet etwas nachdenklich, aber wen wundert's in unsrem Alter?

Ulrich Haase



Trafen sich nach der Haft zum 31. Mal – Mitglieder des Bautzener Gefangenenchores.

Begegnung der Generationen

Jahrestreffen 2012 und Vorstandswahl der ehemaligen Hoheneckerinnen

Das Jahrestreffen des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen fand vom 3. bis 5. Mai in Stollberg statt. Am Gedenkstein vor dem Gefängnis trafen sich wieder viele Frauen, Angehörige und Freunde zu einer Gedenkfeier mit Kranzniederlegung. Es wurde der Frauen gedacht, die diese Zeit im Gefängnis nicht überlebt haben. Die Trauer um den Verlust unserer Kameradinnen ist noch immer sehr groß. Wieder waren Teilnehmerinnen dabei, die zum ersten Mal in Hoheneck zum Jahrestreffen kamen. Es gab bewegende Momente des Wiedersehens nach über 30 Jahren. Anschließend gab es die Möglichkeit, zum Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Stollberg zu gehen.

Am Abend fanden die Mitgliederversammlung und die Vorstandswahl statt. Die Mitglieder haben für die nächsten drei Jahre einen teilweise neuen Vorstand gewählt. Bekannt sind Anita Goßler, jetzt Vorsitzende, Angelika Grünwald, sie behält die Kassenführung, und Rosel Werl, die zur kommissarischen Schriftführerin ernannt wurde. Neu in den Vorstand gewählt sind Edda Schönherz als stellvertretende Vorsitzende, Anne Klar und Konstanze Helber als Beisitzerinnen.

Auf Einladung des Direktors, Herrn Schieck, der Lehrerin Frau Rolke und Schülern der Klassen 10 und 11 des Evangelischen Gymnasiums Annaberg-Buchholz wurden die ehemaligen Hoheneckerinnen als Zeitzeugen interviewt. Gut vorbereitet von Seiten der Schüler, war das Forum von drei lebhaften Moderatorinnen begleitet, die den Frauen ihre Fragen stellten. Durch diese angenehme Atmosphäre war das Zeitzeugenforum eine gelungene Veranstaltung, die die immer wiederkehrenden Erinnerungen an die Erlebnisse von Hoheneck nicht zu belastend werden ließ. Auch war das Kommen und Gehen bei dieser Veranstaltung bemerkenswert. Immer wieder fanden sich Schüler, Lehrer und Interessierte in der Aula des Gymnasiums ein.

Nach diesem Besuch im Gymnasium fuhren Schüler und Hohenecker Frauen nach Stollberg ins Frauenzuchthaus Hoheneck zu einer Führung unter Leitung von Herrn Schreckenbach, der diese nun schon mehrere Jahre im Auftrag durchführt. Der Tag klang mit gutem Essen und vielen neuen Eindrücken für alle Teilnehmer aus. Am Sonnabend fuhren wir nach Chemnitz auf den Zentralfriedhof, wo wir der verstorbenen Frauen von Hoheneck gedachten,

die dort beigesetzt sind. Es sind auch hier immer wieder schwer zu ertragende Momente für uns alle. Diese Kameradinnen fehlen so sehr in unserer Mitte. – Ausklang des Treffens war eine Fahrt mit der Fichtelbergbahn nach Cranzahl-Oberwiesenthal.

Seit November 2011 ist der Verein eingetragener. Unabhängig davon sind die Hoheneckerinnen seit mehreren Jahren in den Gremien der Stiftung sowie beim Landesbeauftragten vertreten und präsent. Hoheneck ist im Entwurf für das Sächsische Gedenkstättengesetz aufgenommen. Das Land, die Stadt Stollberg und der Eigentümer sind an einer mittlerweile einvernehmlichen und konstruktiven Lösung interessiert. Die Forderungen der ehemaligen Häftlinge nach einer zeitgemäßen Präsentation der Geschichte des Haftortes und der Schicksale der vielen Häftlinge von 1950 bis 1989 werden nun endlich ernstgenommen. Seit vier Jahren ist ein Vorstandsmitglied bereits im Beirat der Sächsischen Gedenkstätten. Der Verein und der Vorstand werden sich weiter und verstärkt aktiv einbringen, um die Position der Haftopfer klar und deutlich zu vertreten.

Der Vorstand des Frauenkreises

Roland Jahn in Tübingen

Am 10. Mai 2012 sprach Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, im Audimax der Universität Tübingen über das Thema „Anpassung und Widerspruch“. Die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB

hatte den Süddeutschen Freundeskreis Hoheneckerinnen zu diesem Vortrag eingeladen.

Wir Frauen stehen in engem Kontakt mit Frau Widmann-Mauz, eine Sympathisantin, wie wir sie uns wünschen, wenn es um unsere Geschichte in Hoheneck geht. Daß Roland Jahn in Tübingen diesen beeindruckenden Vortrag halten konnte,

war ebenfalls ihr zu verdanken. Bei einem unserer letzten Treffen in Stuttgart war sie unser Gast, und sie zeigte sich als Mitstreiterin bei der Aufarbeitung unseres erlittenen Unrechts.

Bevor wir uns in der Universität den Vortrag anhörten, hatten wir Roland Jahn in unserer Mitte. Wir saßen in dem schönen Café Ranitzky und hofften, daß er Zeit für einen Besuch bei uns hätte. Er kam über den wunderschönen Tübinger Marktplatz in Gedanken versunken ins Ranitzky. Große Freude bei uns und ihm. Ganz entspannt konnten wir mit ihm reden, auch über das tolle Tübinger Wetter, die schöne Stadt und ein wenig über uns. Mit ihm, seiner unkomplizierten Art und Persönlichkeit, war die Zeit viel zu kurz. Er hatte noch einen Termin beim SWR und dann ging es zur Universität.

Wir liefen gut gelaunt durch die Altstadt und waren sehr gespannt auf seinen Vortrag. Die Veranstaltung war gut besucht.

„Das Thema, das nicht aufhört“, so schrieb man in der Zeitung, ist unser Thema. Die anschließende Diskussionsrunde wurde von den Tübinger Bürgern und den Zuhörern ausgiebig genutzt. Ebenso schön war der Empfang im Anschluß. Bei gutem schwäbischen Wein und Tübinger Butterbrezeln konnten wir Frauen zusammen mit Roland Jahn mit sehr interessierten Tübinger Bürgern reden. Da fühlten wir die Redefreiheit, so wie wir sie uns immer gewünscht haben. Auch war es ein gutes Gefühl, daß unsere Stimmen, die Stimmen der Hoheneckerinnen, gehört werden.

Noch bis in die Nacht ließ unser Freundeskreis diesen schönen und interessanten Abend ausklingen. Wir sind froh, Roland Jahn – als Mensch und in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen – zu haben. Sein Leitbild im Leben, „Freiheit muß man sich nehmen“, ist auch unseres.

Konstanze Helber



Roland Jahn bei seinem Tübinger Aufenthalt im Gespräch.

Foto: K. Helber

60 Jahre Zwangsaussiedlung – „Aktion Ungeziefer“ 1952

Eine Tagung in Schlagsdorf, im ehemaligen Grenzgebiet zur Bundesrepublik in Mecklenburg-Vorpommern, am 4. Juni 2012

Auf Initiative des Vereins Politische Memoriale und des „Grenzhus“ Schlagsdorf mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatsicherheit der ehemaligen DDR, fand in Schlagsdorf eine sehr gut besuchte Tagung statt. Fachbeiträge und Zeitzeugenberichte informierten mit historischer Genauigkeit seitens professioneller Themenbearbeiter und durch emotionale und einfühlsame Erzählungen Betroffener über die mit dem menschenverachtenden Namen „Aktion Ungeziefer“ bezeichnete Deportation von Bewohnern des Grenzgebietes der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik, die vor 60 Jahren stattfand. Eine zweite Welle der Zwangsaussiedlung gab es neun Jahre später unmittelbar nach dem Mauerbau in Berlin 1961.

Obwohl die Tagung für die Veranstalter überraschend gut besucht war, muß bemerkt werden, das doch nur wenige Interessierte über den Betroffenenkreis hinaus anwesend waren. Ein breiteres Interesse in der Bevölkerung allgemein an den eklatanten Unrechtsmaßnahmen und Repressalien des SED-Regimes wäre natürlich wünschenswert gewesen. Dies soll jedoch die Qualität der Veranstaltung und das hohe Engagement des Vorbereitungskreises und der vielen Helfer in keiner Weise schmälern. Es war eine würdige Gedenkveranstaltung, die über geschichtliche Hintergründe informierte, das Leid der betroffenen und unschuldigen Menschen noch einmal gegenwärtig werden ließ und dann mit einer Andacht zum Gedenken an die Opfer der Zwangsaussiedlung 1952 in der Schlagsdorfer Kirche zum Abschluß gebracht wurde. In dieser Andacht kamen nicht zuletzt durch die mitfühlenden und tröstenden Worte der dortigen Pastorin und die gut ausgewählten Gesangsstücke, die im Solopart von der Sopranistin Katharina Schumann meisterhaft dargeboten wurden, die erneut aufgewühlten Gemüter der Betroffenen zur Ruhe. Symbolisch haben die Teilnehmer der Andacht ihr Leid und ihre Nöte mit einem „Kummerstein“ vor dem Altar niederlegen können.

In einem Interview des NDR mit meinem Bruder zu dieser Tagung wurde ich gefragt, ob und warum denn immer noch 20 Jahre nach dem Mauerfall Aufarbeitung des SED-Unrechts notwendig sei. Meine spontane und sehr kurz gehaltene Antwort wurde

nicht gesendet. Immer wieder werden wir, die Betroffenen auch anderen Unrechts des DDR-Regimes und die Beauftragten für die Stasiunterlagen, mit dieser Frage konfrontiert. Immer wieder neu müssen wir uns mit ihr auseinandersetzen. Nicht, weil wir ewig Gestrige sind, die nur rückwärts schauen und sich von ihrem Leid nicht lösen können, sind für uns Aufarbeitung und Aufklärung wichtig und unverzichtbar. Nur wenn wir, d.h. alle demokratisch und humanistisch gesinnten Menschen, sich der Vergangenheit wirklich bewußt sind und die Ursachen für Willkür, Unrecht und Terror - einige Wesenszüge der Diktatur, insbesondere auch der Diktatur des Proletariats - kennen, sind wir wirklich gewappnet gegen Verführung, Demagogie und Fanatismus für die scheinbar so hehren Ziele der Ismen, die angeblich nur das Wohl des Menschen, vor allem der einfachen, machtlosen und ausgebeuteten, im Sinn haben. Es ist wichtig, daß die Leiderfahrenen ihre Erinnerungen an die nachfolgenden Generationen weitergeben. Nicht zuletzt deswegen, damit diese Generationen nicht sagen können: „Warum habt ihr uns nicht gewarnt?“

Und in einem Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern, in dem eine Partei mit einem Ministerpräsidenten regiert, der eine sehr durchschaubare, aus parteitaktischen Motiven ganz gefährliche Politik der Verharmlosung und Nivellierung der DDR-Geschichte betreibt, sind Aufarbeitung und Aufklärung von um so größerer Wichtigkeit. Ist ihm nicht bewußt, daß auch linke autonome Schlägertrupps, genauso wie rechte, ihr Unwesen treiben? Ist es Absicht oder nur Blindheit auf dem linken Auge? Jedenfalls liefert er mit seiner Haltung diesen extremen Kräften die ideologische Legitimation.

So wie auch die Aufarbeitung der braunen Diktatur im Dritten Reich erst 20 Jahre nach Kriegsende in der Bundesrepublik Fahrt aufnahm, bin ich der Überzeugung, daß wir 20 Jahre nach dem Mauerfall am Beginn einer fundierten Aufarbeitung stehen, weil die Informationsquellen in der erforderlichen Menge und Qualität erst jetzt verfügbar sind. Aus diesem Grunde müssen wir uns mit aller Leidenschaft hinter Roland Jahn und den Erhalt seiner Behörde stellen. Dies ist die Basis für eine wirklich glaubhafte, vertrauensvolle und konsequente Aufarbeitung. Es ist ein sehr

bedeutsamer und wichtiger Schritt für die Opfer und Widerständler der SED-Diktatur, die stasibelasteten Mitarbeiter aus der Behörde hinauszudrängen, auch wenn unser neuer Bundespräsident Joachim Gauck aus sehr nachvollziehbaren Gründen anderer Meinung ist. Dennoch habe ich die große Hoffnung, daß mit unserem Bundespräsidenten und mit unserer Bundeskanzlerin zwei einflußreiche Politiker mit speziellen Kenntnissen der SED-Diktatur und persönlicher Diktaturerfahrung an der Spitze unseres Landes stehen, die gegenüber der



Foto: N. Radlitz

Grenzzaun bei Hötensleben.

Aufarbeitung und Vergangenheitsbewältigung als Voraussetzung für eine starke, wehrhafte Demokratie mit engagierten Bürgern förderlich und aufgeschlossen sind. Von besonderer Bedeutung erscheint mir nun, das Spinnennetz, das die Stasi über die alten Bundesländer gezogen hat, sichtbar zu machen. Dann werden endlich die Strukturen deutlich, aus denen die Gegner der Aufarbeitung und Aufklärung und deren Seilschaften ihre Kraft schöpfen. Für mich gibt es kein ehrbares plausibles und stichhaltiges Argument gegen eine offensive Aufarbeitung des totalitären DDR-Systems. Sie muß mit der gleichen Akribie und Gewissenhaftigkeit angegangen werden wie die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen.

Helmut Ebel

(Der Autor war Vorsitzender der inzwischen aufgelösten Förderativen Vereinigung Zwangsausgesiedelter.)

Erfolge nur gemeinsam

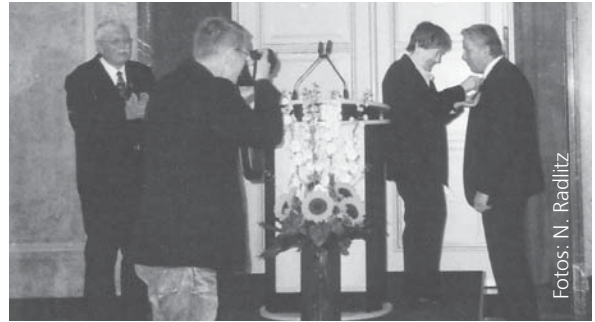
UOKG-Verbandstreffen am 16. Juni und 20jähriges Jubiläum des Dachverbandes am 17. Juni 2012

(st) Das Verbandstreffen an diesem Wochenende in Berlin fiel kürzer aus als gewohnt, denn der Sonntag war für die Gedenkveranstaltung anlässlich des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 und für das 20jährige Jubiläum der UOKG reserviert. Als Gäste wurden schon am 16. Juni der Präsident der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, Jure Knezović, und der in den USA lebende ehemalige politische Häftling Christian Lappe begrüßt. In seinem Bericht erläuterte Rainer Wagner, Vorsitzender des Dachverbandes, u.a. die aktuellen Bemühungen des Vorstandes bei den Problemen Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen, Gedenkstätte Potsdam Leistikowstraße, dem Fall Rogge (siehe Resolution unten) und legte wesentliche Punkte der UOKG-Strategie für die nächsten Jahre vor. Einer eingehenden Diskussion folgte die Besichtigung des Archivs beim Bun-

denkveranstaltung der Bundesregierung zum Jahrestag des 17. Juni 1953 auf dem Friedhof Seestraße teil. Nach der Begrüßung durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, hielt in diesem Jahr Prof. Dr.

Annette Schawan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Ansprache.

Zum Festakt anlässlich des 20jährigen Bestehens der UOKG hatte der Regierende Bürgermeister ins Berliner Rote Rathaus eingeladen. Vor über 100 Gästen aus Politik, Gesellschaft und Opferverbänden griff er in seiner Ansprache die beiden unterschiedlichen Schicksale der ehemaligen politisch Verfolgten Klaus Gronau und Horst Schüler heraus, um stellvertretend für die vielen anderen zu zeigen, wie jeder auf seine Weise für das gleiche Ziel – die Freiheit – kämpfte. Wowereit bestärkte die politischen Opfer darin, die Aufarbeitung voranzutreiben, nicht zuletzt durch Zeitzugenerarbeit. Besonders für junge Menschen sei es wichtig, „das persönliche Erleben geschildert zu bekommen, auch in der Subjektivität“. Der Regierende Bürgermeister hob die gute Zusammenarbeit zwischen ihm und den Opfer-Vertretern in regelmäßigen Gesprächsrunden hervor. Er dankte der UOKG und ihren Verbänden für Tätigkeit sowie Engagement und appellierte an die Zuständigen, mit institutioneller Förderung in Zukunft eine beständige Arbeit des Dachverbandes zu sichern. Für seine stetige Anteilnahme an den Problemen der Verbände verlieh die UOKG




Vorstandsmitglied Anita Goßler überreicht Klaus Wowereit die Goldene Ehrennadel der UOKG.

Klaus Wowereit die Goldene Ehrennadel des Dachverbandes. Tatjana Sterneberg und Carl-Wolfgang Holzapfel überreichten spontan Fotos von einem Treffen mit dem Regierenden Bürgermeister.

In einem von Dr. Klaus Zöllig verlesenen Grußwort dankte auch der Bundespräsident der UOKG. Sie habe über alle Schwierigkeiten hinweg gemeinsame Ziele verteidigt, „würdiges Erinnern, kritisches Hinterfragen, solidarisches Handeln“. Der Autor der Festschrift, Dr. Christian Sachse, stellte in einem kurzen Abriss seine Thesen vor und beschrieb die Entwicklung der UOKG aus der Sicht des Historikers.

Rainer Wagner ging ebenfalls in seiner Rede auf die Notwendigkeit institutioneller Förderung ein. Er dankte ausdrücklich allen Unterstützern und Förderern des Dachverbandes und sagte: „Die Erfolge der UOKG sind immer auch gemeinsame Erfolge mit den Unterstützern.“ Mit Blick in die Zukunft skizzierte er dann die weiteren Aufgaben des Dachverbandes (s. auch S. 15).

Ein Empfang im Säulensaal des Rathauses, der zu vielen interessanten Begegnungen und Gesprächen Gelegenheit bot, beschloß die Veranstaltung. 



Mit viel Sachkenntnis und Temperament erklärte BStU-Mitarbeiter Stephan Wolf (l.) die Funktion der MfS-Karteien.

desbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Die BStU-Mitarbeiter Andreas Petter und Stephan Wolf erklärten den Teilnehmern Inhalte und Funktionsweisen des Archivs sowie den derzeitigen Stand der Aufarbeitung der MfS-Akten.

Am Vormittag des 17. Juni nahmen die Vertreter der Verbände an der traditionellen

Resolution


Faire und qualitätvolle Begutachtung politisch Verfolgter bei der Anerkennung von Gesundheitsschäden gefordert

Der aktuelle Fall eines politischen DDR-Haftopfers, das in einem Gutachten mit dem Vorwurf des Simulantentums konfrontiert wird, veranlaßte die auf dem UOKG-Verbandstreffen am 16. Juni 2012 in Berlin vertretenen Vereine zu erklären:

Wir erheben die Forderung nach einer zentralen Begutachtung in den Bundes-

ländern bzw. zertifizierten Gutachtern, die über das Ausmaß von Haft und Verfolgung in SBZ und DDR umfassend informiert sind.

Die zentrale Forderung besteht weiterhin in einer Beweislastumkehr bzw. Regelvermutung. Das Beispiel Jürgen Rogge – heute psychiatrischer Gutach-

ter für Rententräger und Sozialgerichte, laut NDR und anderen Medienberichten zu DDR-Zeiten Leiter der psychiatrischen Abteilung im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf und IM der Staatssicherheit – zeigt, daß sich auch zwingend eine Überprüfung der Gutachter auf mögliche Stasi-Verstrickungen und extreme Staatsnähe erforderlich macht. 

UOKG**Die aktuellen Forderungen des Dachverbandes, anlässlich des 20. Jubiläums der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, an die Politik**

- Dauerhafte Sicherung der Unabhängigkeit und der Arbeitsfähigkeit des Dachverbandes der SED-Opfer durch eine institutionelle Förderung
- Dauerhafte Sicherung der Arbeit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge
- Weiterführung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über das Jahr 2019 hinaus
- Einsetzung einer Enquetekommission des Bundestages zur Überprüfung des bisherigen Prozesses der Deutschen Einheit im Blick auf die Probleme und Hinterlassenschaften aus der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft
- durch die öffentliche Würdigung von Opfern (z. B. Straßenbenennungen) und am Volkstrauertag
- durch ein Verbot des öffentlichen Zeigens totalitärer Symbole aus der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft
- durch Einbeziehung von Opfervertretern in für Gedenkstätten zuständige Entscheidungsgremien
- durch Thematisierung der kommunistischen Gewaltherrschaft in Schulen und Hochschulen
- durch Anpassung der Opferpension an die Inflation
- durch Umwandlung der Opferpension von einer Sozialleistung in eine Ehrenpension
- durch Würdigung und Entschädigung der Opfer der Boden- und Industriereform
- durch Überprüfung von Gutachtern und anderen Personen, die mit der SBZ/DDR-Problematik befaßt sind, auf SED-Belastung sowie fachliche Kompetenz
- durch Wiedereinsetzung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in ihren Rentenanspruch aus der Zeit vor der Wiedervereinigung
- durch Sicherstellung und Archivierung von Unterlagen über verfolgungs- und zersetzungsschädigungsrelevante Vorgänge von staatlichen Einrichtungen der DDR (z. B. Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Volksbildung, Strafvollzug) und Unterlagen der DDR-Kranken- und Rentenversicherung

Verstärkung der öffentlichen Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft

- durch die Errichtung eines zentralen Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft

Überarbeitung und Fortschreibung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

- durch Einführung der Beweislastumkehr bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden
- durch Aufnahme der bisher nicht entschädigten Opfergruppen in die Opferpensionsregelung
- durch Vererbbarkeit der Opferpensionsansprüche an Hinterbliebene

Buchenwald**22. Buchenwaldtreffen der Initiativgruppe Buchenwald 1945–1950 e.V.**

Wir laden ein zum 22. Buchenwaldtreffen am **Sonnabend, dem 15. September 2012**, in der Gedenkstätte Buchenwald. Es wird von der Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V. gemeinsam mit dem Häftlingsbeirat für das Speziallager und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora durchgeführt. Zu diesem Treffen laden wir alle ehemaligen Häftlinge, Angehörige, Freunde und Vertreter der Öffentlichkeit ein. Wie in den vergangenen Jahren wollen wir mit diesem Treffen an das Speziallager Buchenwald erinnern, das die sowjetische Besatzungsmacht im KZ Buchenwald eingerichtet hatte.

Hauptthema wird das Gedenken an die Toten der Speziallager und besonders des Lagers Buchenwald sowie aller Opfer des Kommunismus sein. Am Nachmittag wollen wir mit Thüringer Schülern einen Workshop durchführen, bei dem nach einem kurzen Einführungsvortrag Häftlinge des Speziallagers Buchenwald als Zeitzeugen über ihre Erlebnisse als

Jugendliche im Speziallager Buchenwald berichten werden.

Für alle Besucher, die mit der Bahn kommen oder über kein Auto verfügen, fährt wie jedes Jahr ein Sonderbus vom Bahnhof Weimar nach Buchenwald und zurück. Zwischen dem Parkplatz und dem Gedenkplatz, auf dem die Veranstaltung stattfindet, wird ein Shuttleverkehr eingerichtet.

Vorläufiges Programm

09.30 Uhr – Abfahrt des Busses ab Bahnhof Weimar nach Buchenwald

10.00 Uhr – Festansprache auf dem Gedenkplatz

10.30 Uhr – Grußworte der Ehrengäste; eingeladen werden Birgit Diezel, Präsidentin des Thüringer Landtags, Christoph Matschie, Thüringer Minister für Kultus und Kultur, Heike Taubert, Thüringer Ministerin für Gesundheit und Soziales, Hil-

digund Neubert, Thüringische LStU, Antje Tilmann MdB, OB der Stadt Weimar

11.30 Uhr – Andacht mit ökumenischem Gottesdienst am Gedenkplatz

11.45–13.00 Uhr – Besuch der Ausstellung und Mittagspause

13.00 Uhr – Einführungsvortrag und Film „Das Speziallager Nr. 2 Buchenwald“, im Kinosaal

13.45–15.15 Uhr – In Gruppen in der Jugendbegegnungsstätte: Berichte der Häftlinge des Speziallagers als Zeitzeugen und Diskussion

15.30 Uhr – Gemeinsames Abschlußmeeting mit Anfragemöglichkeiten, im Kinosaal; anschließend Schlußwort

16.30 Uhr: Rückfahrt eines Sonderbusses zum Bahnhof Weimar

Heidrun Brauer, Vorsitzende

Jamlitz

Am **Sonnabend, dem 8. September 2012, 14.00 Uhr**, führen wir auf dem Waldfriedhof unsere 23. Gedenkveranstaltung für die Toten des Speziallagers Jamlitz durch.

Die Gedenkrede an den Gräbern unseres Waldfriedhofs wird in diesem Jahr die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen kommunistischer Diktatur, Ulrike Poppe, halten.

Als Initiativgruppe des Internierungslagers Jamlitz sehen wir es als unsere wichtigste Aufgabe an, daß der mehr als 3400 Todesopfer und derer, die im Sowjetischen Internierungslager Nr. 6 Frankfurt/Oder-Jamlitz von Mai 1945 bis April 1947 gelitten haben, in würdiger Form gedacht wird.

Unsere alljährlich am zweiten Septembersamstag durchgeführten Gedenkveranstaltungen, die wir seit der geschichtlichen Wende im Jahr 1990 organisieren, bestärken uns in unserer Arbeit. An ihnen nehmen zahlreiche ehemalige Internierte mit ihren Familien sowie Angehörige von Opfern und eine zunehmende Zahl von interessierten Bürgern teil.

Vor unserer Feierstunde auf dem Waldfriedhof Jamlitz findet um **11.00 Uhr** in der Landkirche Lieberose ein Gedenkgedienst für die Opfer des Speziallagers Jamlitz statt.

Günther Kossatz
Vorsitzender

Festschrift

Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Dachverbandes der Opferverbände wurde mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung eine Festschrift herausgegeben.

Christian Sachse: Festschrift. 20 Jahre Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. Rückblick und Ausblick

Die 114 Seiten umfassende Broschüre kann kostenlos bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Stichwort „Festschrift“, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Einsicht vor Versöhnung

SED-Opfer fordern evangelische Kirche zu mehr Mitgefühl für Opfer auf

(hb) In einem Offenen Brief haben sich auf Initiative des Niedersächsischen Netzwerkes für SED- und Stasiopfer zahlreiche Opfervereine und viele betroffene Einzelpersonen an die Magdeburger Bischöfin Ilse Junkermann gewandt und eine eindeutige Parteinahme für die Opfer der SED-Diktatur gefordert, anstatt für die Täter. Ein Verständnis des von Frau Junkermann eingeforderten Mitgefühls für Stasi-Spitzel dürfe diesen Schwerpunkt nicht ablösen.

Die aus Stuttgart stammende, erst seit 2009 in Sachsen-Anhalt wirkende Bischöfin hatte sich in verschiedenen Erklärungen immer wieder für eine „Versöhnung mit den Tätern“ ausgesprochen. Netzwerksprecher Hartmut Büttner betonte, daß Versöhnung zunächst einmal die Einsicht der früheren Täter voraussetze, anderen Menschen schweres Unrecht zugefügt zu haben. Wenn dies glaubhaft gemacht werde, dann müßten die Opfer selbst entscheiden, ob sie dem ehemaligen Täter verzeihen könnten. Durch die Verharmlosung des Unrechts in der ehemaligen DDR würden Rehabilitierungsgesetze für die Opfer zu einer Farce.

Andererseits unterstützt der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hartmut Büttner die Aussage von Bischöfin Ilse Junkermann, „neue Initiativen zur Aufarbeitung des SED-Unrechts“ von Seiten der evangelischen Kirche in den eigenen Reihen zu entwickeln. Gerade für die evangelische Kirche ergebe sich auf diesem Feld ein großer Handlungsbedarf.

Zwar hätten sich viele evangelische Christen und Pastoren in der DDR immer wieder für die Verfolgten des Regimes eingesetzt. Auf der anderen Seite versuchte die SED mit allen möglichen Mitteln, gerade auch die Kirche zu beeinflussen. Leider sei ihr das in vielen Fällen gelungen. Die evangelische Kirche in der DDR war bis in höchste kirchliche Kreise hinein auch mit Stasi-Mitarbeitern durchsetzt. Die Liste der IMs in der evangelischen Kirche sei lang, erschreckend und sicherlich immer noch nicht gänzlich abgeschlossen. In dem Offenen Brief werden dafür einige Beispiele genannt.

Leserbrief

Rente nur theoretisch

Zum Beitrag „Berufliche Rehabilitation – Defizite bei Übersiedlern“, Nr. 4/2012, Seite 4

Florian Kresse weist in seinem Artikel darauf hin, daß das Gesetz zur Beruflichen Rehabilitation grundlegend reformiert werden müßte. Dieses „Gesetz“ war schon einmal auf dem richtigen Wege. Ich erinnere an den Entwurf zum 3. SED-UnBerG, Drucksache 15/932 Deutscher Bundestag und Stacheldraht 5/2003. Dort waren 300 bis 500 Euro monatlich gestaffelt nach Jahren der Verfolgung als Entschädigungsleistung vorgesehen.

Ich möchte diese Problematik ergänzen. Die berufliche Rehabilitation steht für Verfolgung im Beruf. Das bedeutete: kein Einkommen oder drastische Minderung über Jahre. Als Lehrer-Ost, Berufsverbot, Übersiedlung 1981, Studium West, Lehrer-West ab 1989 wurden mir von der Rehabilitierungsbehörde neun Jahre und zwei Monate Verfolgungszeit zuerkannt. Dafür gibt es eine Rente von 106,32 Euro, allerdings nur theoretisch. Die Rente wird gegen die Pension aufgerechnet und fällt dadurch weg. Somit hat bei mir keine Verfolgung stattgefunden. Dieses trifft auf alle Angestellten und Beamte im öffentlichen Dienst zu.

Geldmangel kann in unserem Land nicht das Problem sein. Ich erinnere an das „Ingenieursgesetz“ und die Pension für die Halbjahresregierung im Übergang DDR – Bundesrepublik Deutschland, die jeweils rückwirkend eingeführt wurden und das ohne Anrechnung auf Renten bzw. Pensionen!

Margita Eikenberg
Edemissen

Berichtigung

Durch einen bedauerlichen redaktionellen Fehler wurde in der Ausgabe 4/2012, Seite 15, bei der Vorstellung des neuen Vorstandes des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen die gewählte Kassiererin nicht genannt: Es ist Angelika Grünwald.

Die Redaktion

Veranstaltungen

17.7. (Di), 20.00 Uhr:

Gelenkter DDR-Sport? Leipziger Fußball zwischen Meisterschaft und Schand-Elfmeter. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

18.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„Salvador – Kampf um die Freiheit“, Spanien 2006, in der Reihe „Kino im Freihof 2012 – Politische Haft im internationalen Film“; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, Freihof (Eingang über Gedenkstätte), Schlechtwettervariante besteht; Eintritt frei

19.7. (Do), 19.00 Uhr:

Berlin – geteilte Stadt. Comic-Präsentation mit Susanne Buddenberg u. Thomas Henseler, Comic-Autoren, Einführungsvortrag v. Dr. René Mounajed, Comic-Experte; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119, 13355 Berlin

22.7. (So), 11.00 Uhr:

Wasser- und Grenzgeschichten im geteilten Berlin. Moderierte Schiffstour mit der Stiftung Berliner Mauer; Fahrtzeit ca. zweieinhalb Stunden; Fahrpreis 22,- €; Veranstaltung der Stern- und Kreisschiffahrt, Tel. (030) 536 36 00; Ort: Anlegestelle Treptower Hafen, Puschkinallee 15, 12435 Berlin

24.7. (Di), 19.00 Uhr:

„Cottbus hieß die öde Stätte...“ Eine Zwischenbilanz, mit Siegmund Faust, Kurator Menschenrechtszentrum Cottbus; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

24.7. (Di), 19.30 Uhr:

Ostseefahren im Kalten Krieg. Referent Wolfgang Kliez, Hamburg; Eintritt 5,- €/3,50 €; Veranstaltung d. Prora-Zentrums, Bildung-Dokumentation-Forschung; Ort: Rezeption Jugendzeltplatz Prora, 18609 Prora

25.7. (Mi), 21.30 Uhr:

„Der Fall Chodorkowski“, Deutschland 2011, in der Reihe „Kino im Freihof 2012 – Politische Haft im internationalen Film“; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, Freihof (Eingang über Gedenkstätte), Schlechtwettervariante besteht; Eintritt frei

26.7. (Do), 14.00–19.30 Uhr:

Besuchertag. Führungen, Beratungen zur Akteneinsicht, Ausstellungen; 14.30 u. 16.30 Uhr Archivführungen, 18.00 Uhr Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

Ostberlin nach dem Mauerbau

Manfred Bielers Roman „Maria Morzeck“

Der 1934 in Zerbst/Anhalt geborene DDR-Schriftsteller Manfred Bieler hat nach seiner Ausbürgerung 1969 in München einen äußerst spannenden Roman veröffentlicht: „Maria Morzeck oder Das Kaninchen bin ich“. Es ist ein Roman über das so plötzlich geteilte Berlin, über die Teilung Deutschlands, die erst 28 Jahre später ihr Ende fand, gespiegelt in den Schicksalen einfacher Leute, die auf einmal der Staatsmacht hilflos ausgeliefert waren.

In diesem Buch – das in keinem DDR-Verlag erscheinen durfte, obwohl es von DEFA-Regisseur Kurt Maetzig nach dem Manuskript verfilmt wurde, wobei der Film nie gezeigt werden durfte – werden die politischen Verhältnisse in Ostberlin vor und nach dem Mauerbau aus der Sicht einer 1942 geborenen Abiturientin geschildert, der das Studium der Slawistik verweigert wird, weil ihr Bruder Dieter 1959 für vier Jahre im Zuchthaus Brandenburg-Görden gelandet ist. Über sein „Verbrechen“, wofür er eine derart hohe Haftstrafe zudiktiert bekam, kann seine Schwester vorerst nichts erfahren, weil sie, als sein Delikt „Staatsverleumdung“ anstand, von der Gerichtsverhandlung ausgeschlossen wurde. Jahre später erzählen ihr dann entlassene Mithäftlinge ihres Bruders, daß er eine Rede des westdeutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, die in einem Westberliner Rundfunksender übertragen wurde, auf seinem Tonbandgerät mitgeschnitten und dann an seiner Arbeitsstelle über den Betriebsfunk hat laufen lassen, noch dazu während einer Betriebsversammlung, so daß alle „Werk tätigen“ die Rede des obersten „Klassenfeinds“ mithören mußten. Dafür sollte er nach dem Antrag des Staatsanwalts mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft werden, aber der übereifrige Richter, auch das erfährt sie erst viel später, hatte das Strafmaß verdoppelt.

Als Manfred Bieler (1934-2002) diesen Roman schrieb, hatte er in DDR-Verlagen wie Aufbau/Berlin und Reclam/Leipzig bereits sechs Bücher veröffentlicht, darunter den Roman „Bonifaz oder Der Matrose in der Flasche“ (1963). Als ihm bewußt geworden war, daß sein kritischer Berlin-Roman im SED-Staat nie würde erscheinen können, siedelte er 1965 nach Prag über und erwarb 1967

die tschechische Staatsbürgerschaft. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen am 21. August 1968 floh er nach München, wo er noch fünf weitere Romane schrieb, 1977 wurde er mit dem „Jakob-Kaiser-Preis“ des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen ausgezeichnet, 2002 starb er an einer unheilbaren Krankheit.

Maria Morzeck, die verhinderte Studentin, ist die unverblühte Stimme des Volkes, das unter den Zuständen,

zumal nach dem Mauerbau, entsetzlich leidet. Sie spricht aus, vorsichtig, aber doch verständlich, was ihre vor Angst verstummten Mitbürger denken. Da sie nicht studieren darf, aber der Arbeitspflicht unterliegt, nimmt sie eine Stelle an als Kellnerin im Café „Clou“. Was sie dort erlebt, schreibt sie auf: „Im Café `Clou` ist Betrieb in zwei Etagen, ... unten wurden die Schätzchen angewärmt und oben wurde abgekocht. Ich bediente natürlich unten, we-

nigstens das erste Vierteljahr. Dazwischen lag der 13. August. Die Mauer hob den Schnapskonsum gewaltig ... Ich halte ja nun diesen antifaschistischen Schutzwall wirklich nicht für `ne architektonische Meisterleistung, aber manch einer, die hier mit'm Gütekontrollleur bei `Secura` verheiratet war und monatlich fuffzehnhundert Piepen aus der Wechselstube mitbrachte, weil sie bei `nem Zahnarzt in Zehlendorf das Parkett bohnerte, der tat's ganz gut ... Wäre ich ein bißchen später hingegangen, hätte ich die Stelle überhaupt nicht gekriegt. Es gab plötzlich Kellner und Serverinnen wie Sand am Meer. Kranzler, Kempinski, Kleist, Café Wien, Huthmacher, Café am Funkturm, Prälät Schöneberg, Hasenheide, Neue Welt – alle hatten sie uns ihre besten Kräfte



Abb. andere Ausgabe.

Manfred Bieler: Maria Morzeck oder Das Kaninchen bin ich, Hoffmann und Campe, Hamburg 1976 (noch lieferbar), 310 S., 12,95 €

zur Verfügung gestellt, und zwar im Verhältnis eins zu eins.“

In diesem Zitat steckt so viel Atmosphäre des Jahres 1961, was ein heutiger Leser kaum noch versteht. Damals arbeiteten Zehntausende Ostberliner in Westberlin und konnte ihr verdientes Westgeld anstandslos in den Wechselstuben, beispielsweise am Bahnhof Zoo, im Verhältnis 1:4 in Ostgeld umtauschen. Bei Maria Morzeck schwingt aber auch Schadenfreude mit, daß das nun nicht mehr möglich ist. Die genannten Cafés liegen alle in Westberlin, die aus Ostberlin stammenden Kellner und Serviererinnen hatten die Nacht vom 12. zum 13. August, das war ein Wochenende, zu Hause verbracht und konnten am Sonntagmorgen nicht mehr zur Arbeit fahren.

Der eigentliche Konflikt des Romans besteht aber darin, daß Maria am 6. November 1961 einen Mann kennen lernt, der fast 20 Jahre älter ist als sie und in den sie sich verliebt. Er heißt Paul Deister, hat in russischer Kriegsgefangenschaft die „Antifaschule“ besucht, ist der SED beigetreten und arbeitet jetzt als Richter beim Berliner Stadtgericht in der Littenstraße. Doch das ist nicht

alles: Er hat Marias Bruder Dieter zu vier Jahren verurteilt! Daß sie das weiß, erzählt sie ihm auf der Rückfahrt von Brandenburg, wo er dienstlich zu tun hatte und sie ihren Bruder besuchte.

Das Liebesverhältnis dauert über ein Jahr, immer von der Angst überschattet, Dieter könnte vorzeitig entlassen werden. Paul Deister hat sogar ein Zimmer in der Ackerstraße angemietet, wo sie ihre Liebesnächte verbringen, bis Ehefrau Gudrun dahinter kommt und Maria anfleht, ihre Ehe nicht zu gefährden. Als Dieter 1962, eine Woche vor Weihnachten, entlassen wird und erfährt, was seine Schwester während seiner Haftzeit getrieben hat, fährt er mit Maria in die Ackerstraße und prügelt sie dort grün und blau. Um sich von ihrer Angst und ihren schlaflosen Nächten zu befreien, beginnt Maria Morzeck im Jahr 1963 alles aufzuschreiben, was sie erlebt hat: „Ich heiße Maria Morzeck. Wenn ich einen Roman schreiben wollte, würde ich anders anfangen. Aber ich brauche mir ja nichts aus den Fingern zu saugen. Ich schreibe einfach, was ich selber erlebt habe und worüber ich mit keinem reden kann...“

Jörg Bernhard Bilke

Der Tjulpanov-Bericht



Gerhard Wettig (Hg.): *Der Tjulpanov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.* Schriftenreihe des Hanna-Arendt-Instituts Berichte und Studien 63, V&R unipress 2012, 424 S., 39,90 €

(PM) Am 4. Juli 2012 präsentierte die Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin einen geheimen Bericht über die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland zwischen 1945 und 1948. Das Schlüsseldokument für die Sowjetisierung Ostdeutschlands wurde von Gerhard Wettig ediert und fast die Geheimberichte zusammen, die der sowjetische Besatzungsbeamte Sergej Tjulpanov in den Nachkriegsjahren nach Moskau gesandt hatte.

Oberst Tjulpanov stand seit 1945 der sowjetischen Besatzungsbehörde vor, welche die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die Propaganda- und Publikationsorgane sowie den Kulturbetrieb in der Sowjetzone aufbaute und „anleitete“. In kurzen Abständen verfaßte Tjulpanov Berichte an seine Vorgesetzten in Berlin-Karlshorst und Moskau. Viele seiner Berichte gelangten bis zu Stalin persönlich, dem die deutschen Angelegenheiten äußerst wichtig waren. 1948 überprüfte eine hochrangige Kommission des Zentralkomitees der KPdSU die Tätigkeit Tjulpanovs und faßte seine zwischen 1945 und 1948 erstellten ausgearbeiteten Stellungnahmen in einem Gesamtbericht zusammen.

Gerhard Wettig hat den von Wladislaw Hedeler übersetzten Tjulpanow-Bericht mit Förderung der Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegeben. Das Hannah-Arendt-Institut Dresden veröffentlichte den Bericht 2012 in seiner Schriftenreihe.

Veranstaltungen

26.7. (Do), 18.00 Uhr:

Filmvorführung „Über die Ostsee in die Freiheit“. **Die Fluchtgeschichte der Leistungssportler Höhne**; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt; Ort: Umfassungstr. 76, 39124 Magdeburg

27.7. (Fr), 9.30-13.45 Uhr:

Gedenkveranstaltung – Verlegung von neun neuen Stolpersteinen. Zum Gedenken an Leipziger Bürger, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Genaue Adressen und Uhrzeiten auf www.stolpersteine-leipzig.de; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig

31.7. (Di), 19.00 Uhr:

Die West-Geheimdienste und die Flüchtlinge aus der DDR. Flüchtlinge und Spione im „goldenen Zeitalter“ der westlichen Spionage (1945–1965). Vortrag v. Prof. Paul Maddrell, Universität Loughborough, Großbritannien; anschließend Expertengespräch mit Prof. Bernd Stöver, Universität Potsdam; Veranstaltung d. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelder u.a.; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

7.8. (Di), 17.00–19.00 Uhr:

Führungen durch das Archiv der Zentralstelle des BStU. Mit Informationen zu Struktur u. Arbeitsweise d. MfS, Rundgängen durch ausgewählte Kartei- u. Magazinräume, Informationen zu d. Beständen, Erläuterung d. Karteien, Einblick in Erschließung u. Aufbewahrung v. Akten; u.a. auch Möglichkeit, Anträge auf Akteneinsicht zu stellen (dazu ist Personalausweis erforderlich); Veranstaltung d. BStU; Ort: Archivgebäude Haus 7, Ruschestr. 103, 10365 Berlin; Anmeldung bitte rechtzeitig unter Tel. (030) 23 24 66 99 od. E-Mail archivfuehrungen@bstu.bund.de

7.8. (Di), 18.00 Uhr:

Politik des Dialogs. Das SED-Papier von 1987. In der Veranstaltungsreihe „2 x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1972–1990“. Vortrag v. Prof. Dr. Günther Heydemann, Direktor d. HAIT, Podiumsgespräch mit Dr. Erhard Eppler, Bundesminister a.D., Stephan Hilsberg, Bürgerrechtler u. Staatssekretär a.D., Dr. Dietmar Keller, Minister a.D., Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin d. Humboldt-Viadrina School of Governance; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung, u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

7.8. (Di), 19.00 Uhr:

„Terrorismus-Lügen“. Wie die Stasi im Untergrund agierte. Buchvorstellung mit Autorin Regine Igel; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin



8.8. (Mi), 19.00 Uhr:

Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition. Ausstellungseröffnung mit Film u. Gespräch. Einführung u. Mod. Holm-Henning Freier, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Evangelisch-Lutherische Friedensgemeinde, Semmelweisstr. 50, 17033 Neubrandenburg

9.8. (Do), 18.00 Uhr:

Kurzer Prozeß – Eine Seefahrt in den Stasi-Knast. Präsentation d. Filmdokumentation v. Eikon Nord u. Podiumsgespräch; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

11.8. (Sa), 10.00 Uhr:

Führung über das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit. Veranstaltung d. BStU, Abteilung Archivbestände; Treffpunkt: BStU Archivgebäude, Haus 7, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin; bitte rechtzeitig anmelden unter Tel. (030) 23 24 66 99 od. E-Mail archivfuehrungen@bstu.bund.de

14.8. (Di), 20.15 Uhr:

Repressive Heimerziehung. Jugendschicksale in der DDR und in der Bundesrepublik. Autorengespräch mit Peter Wensierski, Autor u. Journalist, u. Michael Wildt, ehem. Projektleiter d. Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Thalia-Buchhandlung, Galerie Roter Turm, Neumarkt 2, 09111 Chemnitz

21.8. (Di), 19.00 Uhr:

„Macht aus dem Staat Gurkensalat“. Ulrich Jadke und Jörn Luther erzählen und lesen aus ihrem Gemeinschaftswerk. Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus/Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

22.8. (Mi), 19.00 Uhr:

„Die Architekten“. Filmvorführung und Gespräch mit Drehbuchautor Thomas Knauf u. Holm-Henning Freier, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg u.a.; Ort: Evangelisch-Lutherische Friedensgemeinde, Semmelweisstr. 50, 17033 Neubrandenburg

30.8. (Do), 19.00 Uhr:

Traumschiffe im Sozialismus. Illustrierter Vortrag mit Dr. Andreas Stirn, Autor u. Historiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Halle/Saale; Ort: Stadtmuseum Halle, Große Märkerstr. 10, 06108 Halle

In der Lubjanka

In dem spannenden und ergreifenden Erlebnisbericht „Acht Jahre in der Gewalt der Lubjanka“ beschreibt Autor Jurij A. Treguboff seine Zwangssituationen in den Moskauer Gefängnissen Lubjanka, Butyrka und Lefortowo. Vom Sondertribunal (OSSO) wurde er zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt und nach Workuta verschleppt. Mehr als sechs Jahre mußte er Sklavenarbeit in den Schächten 1 (Kapitalschacht), 40 und 27 leisten.

Im Oktober 1955 wurde er, über Friedland, in die Bundesrepublik entlassen. Durch seine realen Erinnerungsfragmente und fantasitischen Abschweifungen verwischt er die Grenzen zwischen Wahrheit und Dichtung sehr diskret. Treguboff hat sich unzählige Namen, Schicksale, Jahreszahlen, Orte und Gespräche eingepägt, die er nach Jahrzehnten abgerufen hat, um sie in seinen Erlebnisbericht einfließen zu lassen.

Über den Gulag und die KGB-Haftanstalten gibt es viele Zeitzeugenberichte. Viele habe ich, auch in anderen Sprachen, gelesen – studiert. Der Bericht von Jurij Treguboff aber vereint in sich viele Vorzüge von Gulag-Darstellungen und eine ausgezeichnete Lesbarkeit. Das Buch, mit Zeichnungen und Fotos, hat mich so fasziniert, daß ich es fast an einem Stück gelesen habe.

Werner G. Sperling

.....
Jurij A. Treguboff: Acht Jahre in der Gewalt der Lubjanka. Feuervogel-Verlag, Frankfurt 2. Aufl. 2006, 432 S., 14,00 €

Neu aufgelegt

• Im Frauen-Gulag am Eismeer

Von Ursula Rumin
 Herbig-Verlag, München,
 336 S., ca. 9,99 €

• Die Kraft zu leben

Drei Frauen – hundert Jahre
 Eine Trilogie der Zeitgeschichte
 Von Ursula Rumin
 Frieling-Verlag,
 368 S., ca. 15,90 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli und August Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Bogasch, Werner Jahn, Michael Teltz, Otto Wienke am 5. Juli, Hartmut Rührdanz am 7. Juli, Lotte Ohnezeit, Herbert Pfaff am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Jutta Liefeldt am 16. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görge-Waterstraat am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli, Hans-Joachim Schafft am 1. August, Thomas Drobisch am 3. August, Gretel Staschek am 4. August, Ekkehard Schultz am 7. August, Olaf Burow, Jürgen Klandt, Alfred Ullmann am 8. August, Elisabeth Junge am 9. August, Rudolf Böhm, Volker Pilz am 10. August, Waldemar Moritz am 12. August, Wolfgang Göllnitz am 15. August, Horst Schüler am 16. August, Holger

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH),
 Do 11-16 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Buge am 17. August, Ingeborg Wrabec am 22. August, Erika Ryssel am 25. August, Günther Rudolph am 29. August

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Raimund August, Rolf Aurich, Joachim Bauer, Uwe Behne, Joachim Bergter, Gerda Bieber, Brigitte Brüning, Erna Carbow, Ingrid Czubek, Werner Dolata, Ulrich Egerer, Brigitte Eisenblätter, Alfred Feicke, Prof. Dr. Albrecht Gläser, Alexander Grow, Dirk Hansen, Dr. Hendrik Hansen, Günter Hoffmann, Rudolf Hoffmann, Frank Höning, Horst Kaczmarek, Peter Kämpfe, Henry Katarschinski, Reinhard Köhler, Dr. Detlev Krastel, Hildegard Kulig-Sanawi, Ilse Laszkowski, Eduard Litke, Fritz Mathei, Werner Mieth, Berthold Noeske, Lotte Ohnezeit, Horst Opitz, Manuela Polaszczyk, Detlev Putzar, Eike Christine Radewahn, Heinz Rudolph, Anneliese Schilling, Wolfgang Schindler, Ulrike Schultz, Norbert Sommer, Siegfried Stoy, Werner Thiele, Matthias Wehner, Christa Weiske, Jürgen Wendler, Margitta Wesselhöft, Hans-Georg Wolf, H. Wüstemann, Judith Wutzler, Helmut Zock

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Eine Regierung löst keine Probleme, sie läßt sie abklingen.

Ronald Reagan

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1 10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbändeoordination: Carola Schulze,

Florian Kresse, Katrin Behr

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93 51

Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin


PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnstiftende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 28. Juni 2012

